



2024

Geschäftsbericht DKV Deutsche Krankenversicherung AG

DKV

Ein Unternehmen der **ERGO**

Auf einen Blick

DKV Deutsche Krankenversicherung AG

Beiträge

- Beitragseinnahmen in Höhe von 5,4 (5,2) Mrd. €
- Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) für Limitierungszwecke: 349 (522) Mio. €

Produkte

- Portfolio umfasst das gesamte Tarifspektrum der Kranken- und Pflegeversicherung, von der Vollversicherung über die Ergänzungsversicherung bis zur betrieblichen Krankenversicherung (bKV)
- Gute bis sehr gute unabhängige Testergebnisse bestätigen weiterhin positives Preis-/Leistungsverhältnis vieler unserer Produkte

Services

- Viele Serviceangebote ergänzen unsere reinen Versicherungsleistungen, z. B. DKV-Gesundheitstelefon, medizinische Beratung, DKV-Gesundheitsprogramme
- Kundenbetreuung über moderne digitale Medien und über klassische Kanäle

Versicherungsleistungen

- Bruttozuführung von 317 (681) Mio. € zur RfB
- Barausschüttung an unsere Kunden in Höhe von 148 (157) Mio. €
- Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto): 5,0 (4,6) Mrd. €

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

- Abschlusskostenquote von 5,6 (5,9) %
- Verwaltungskostenquote von 2,7 (2,7) %

Ergebnisse

- Versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 378 (645) Mio. €
- Kapitalanlageergebnis auf 1.484 (1.451) Mio. € gestiegen
- Sonstiges Ergebnis in Höhe von -63 (-69) Mio. €
- Gesamtergebnis auf 138 (165) Mio. € gesunken

Geschäftsbericht 2024

DKV Deutsche Krankenversicherung AG

Die DKV AG im 3-Jahres-Überblick

		2024	2023	2022
Beitragseinnahmen				
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	5.395,3	5.247,8	5.144,0
Veränderung zum Vorjahr	%	2,8	2,0	1,4
Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
	Mio. €	349,1	522,5	264,0
Versicherungsleistungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	Mio. €	4.985,5	4.578,3	4.260,4
Veränderung zum Vorjahr	%	8,9	7,5	5,6
Kapitalanlagen				
Bestand	Mio. €	49.720,0	48.575,3	47.123,6
Kapitalanlageergebnis	Mio. €	1.483,8	1.451,5	669,7
Nettoverzinsung	%	3,0	3,0	1,4
Eigenkapital				
	Mio. €	469,5	469,5	469,5
Versicherungstechnische Rückstellungen (brutto)				
Deckungsrückstellung	Mio. €	46.955,4	45.786,5	44.462,7
Schadenrückstellung	Mio. €	1.186,2	1.112,9	1.026,6
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	1.303,9	1.484,4	1.482,3
Ergebnisse				
Bruttoüberschuss ¹	Mio. €	436,8	823,2	172,8
Gesamtergebnis ²	Mio. €	137,8	165,0	73,3
Ausgewählte Kennzahlen				
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	%	7,0	12,3	16,1
Schadenquote	%	84,6	79,1	75,5
RfB-Quote	%	23,6	27,5	27,9
Überschussverwendungsquote ³	%	82,9	87,6	83,9

¹ Rohergebnis nach Steuern (vor Zuführung zur erfolgsabhängigen Beitragsrückerstattung)

² Vor Ergebnisabführung

³ Nach Art der Lebensversicherung betriebene Kranken- und Pflegeversicherung

Inhalt

Lagebericht **5**

Grundlagen der Gesellschaft	6
Wirtschaftsbericht	9
Ertragslage	11
Vermögenslage	14
Finanzlage	16
Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	16
Risikobericht	17
Chancenbericht	28
Prognosebericht	30
Betriebene Versicherungsarten	32

Jahresabschluss **33**

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024	34
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	36
Anhang	38
Gesellschaftsorgane	56

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers **59**

Bericht des Aufsichtsrats **65**

Lagebericht

Lagebericht

Grundlagen der Gesellschaft

Struktur und Inhalt des Lageberichts entsprechen den Regelungen des Handelsgesetzbuchs, wobei wir uns am Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20) orientiert haben.

Im Geschäftsbericht wurde jede Zahl und Summe jeweils kaufmännisch gerundet. Die Zahlen in Klammern weisen die Vorjahreswerte aus.

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird davon abgesehen, bei Fehlen einer geschlechtsneutralen Formulierung sowohl die männliche als auch weitere Formen anzuführen. Die gewählten männlichen Formulierungen gelten deshalb uneingeschränkt auch für die weiteren Geschlechter.

Unser Unternehmen

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG bietet als Gesundheitsversicherer der ERGO privat und gesetzlich Versicherten umfassenden Kranken- und Pflegeversicherungsschutz sowie Gesundheitsservices und organisiert eine hochwertige medizinische Versorgung. Sie ist dabei hauptsächlich als Erst- und in geringem Umfang auch als Rückversicherer tätig. Darüber hinaus ist die DKV am Pflegepflichtversicherungs-Pool in Deutschland beteiligt.

il der ERGO Group innerhalb der Munich Re

Die ERGO Group AG bietet ihren Kunden über ihre Töchter international Produkte in allen wesentlichen Versicherungssparten an. In Kombination mit Assistance- und Serviceleistungen sowie einer individuellen Beratung wird dabei der Bedarf von Geschäfts- und Privatkunden gedeckt.

Die ERGO Group AG gehört zu dem DAX-Unternehmen Munich Re, einem der weltweit führenden Rückversicherer, der im Lebens-, Gesundheits- sowie Schaden-/Unfallgeschäft aktiv ist. Die Kunden der Munich Re profitieren insbesondere von der umfassenden Underwriting-Erfahrung und dem globalen und lokalen Marktwissen der Gesellschaft sowie der geschäftsfeldübergreifenden Expertise ihrer Mitarbeiter.

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO

Deutschland AG, die wiederum eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Group AG ist. Bereits seit 2001 existiert ein Beherrschungsvertrag zwischen der DKV Deutsche Krankenversicherung AG und der ERGO Group AG. Seit 2016 besteht zusätzlich ein Beherrschungsvertrag mit der ERGO Deutschland AG. Zudem gibt es seit 2023 einen Gewinnabführungsvertrag zwischen der ERGO Deutschland AG und der DKV Deutsche Krankenversicherung AG. Der Gewinnabführungsvertrag zwischen der ERGO Group AG und der DKV Deutsche Krankenversicherung AG wurde zum 31. Dezember 2022 aufgehoben.

Unter dem Dach der ERGO Group AG steuern mit der ERGO Deutschland AG, ERGO International AG und ERGO Technology & Services Management AG drei separate Einheiten die Geschäfte der ERGO Group. Die ERGO Deutschland AG bündelt das Deutschlandgeschäft. Die ERGO International AG steuert das internationale Geschäft innerhalb der Gruppe. Die ERGO Technology & Services Management AG hat ein länderübergreifendes Mandat als globaler Technologie- und Service-Provider für die gesamte ERGO Group. Darüber hinaus werden die Digitalisierungsaktivitäten, das Gruppenmarketing sowie die globalen Vertriebspartnerschaften in der ERGO Group AG verantwortet.

Die Vertriebsgesellschaft ERGO Beratung und Vertrieb AG vereint in Deutschland die ERGO Ausschließlichkeitsorganisation (Agenturvertrieb), die ERGO Pro (Strukturvertrieb) und den Bancassurance-Kanal. Beim Agenturvertrieb stehen die Rundum-Beratung sowie die Bindung der Bestandskunden und der Ausbau von Neukunden im Mittelpunkt. Die ERGO Pro setzt insbesondere auf die Gewinnung neuer Kunden sowie neuer Vertriebspartner. Durch das Geschäftsmodell „Hybrider Kunde“ der ERGO stehen dem Kunden über alle Online- und Offline-Kanäle dieselben Angebote zur Verfügung. ERGO verzahnt Kanäle wie persönliche Beratung, Telefon, Mail, Internet oder Chat. Dies wird durch die vereinheitlichte Management-Verantwortung für den Ausschließlichkeits- und Direktvertrieb sichergestellt. Ergänzt wird diese Vertriebsstrategie durch den neu erschlossenen Bancassurance-Kanal, der seit Anfang 2022 eingesetzt wird, sowie die DKV-Partnervertriebe. Im Bereich Makler arbeitet die DKV mit Einzelmaklern, Maklerpools und Finanzvertrieben zusammen. Ergänzt

wird der Vertriebskanalmix durch einige langjährige Vertriebskooperationen.

Ein einheitlicher Innendienst – im Wesentlichen bestehend aus Mitarbeitern der ERGO Group AG – unterstützt die verschiedenen Gesellschaften und Vertriebsorganisationen der ERGO in Deutschland. Alle privatkundenbezogenen Serviceprozesse – die Bearbeitung von Anträgen, Vertragsangelegenheiten und Leistungsfällen – werden bei der DKV im Ressort Kundenservice Gesundheit aus einer Hand gesteuert. Unternehmensfunktionen wie Rechnungswesen, Controlling, Finanzen und Personal sind zentral organisiert, ebenso die unter Solvency II definierten Schlüsselfunktionen: die Risikomanagement-Funktion, die Compliance-Funktion, die Interne Revision sowie die Versicherungsmathematische Funktion. Da alle Unternehmensfunktionen im Rahmen von Ausgliederungsverträgen von Mitarbeitern anderer Gesellschaften, insbesondere der ERGO Group AG, erbracht werden, hat unser Unternehmen keine eigenen Mitarbeiter.

Die ITERGO Informationstechnologie GmbH (ITERGO) gehört als Teil der globalen Tech-Hub-Struktur zur Familie der Unternehmen der ERGO Technology & Services Management AG (ET&SM). Im Fokus ihrer Tätigkeit stehen hauptsächlich die ERGO Deutschland AG und deren Tochtergesellschaften, jedoch auch weitere Gesellschaften der ERGO Group. Mit zukunfts- und kundenorientierten IT-Lösungen leistet ITERGO – zusammen mit den weiteren Tech Hubs in Polen und Indien – einen wichtigen Beitrag für den Erfolg der ERGO Group.

Strategische Anlageentscheidungen werden in enger Abstimmung mit Munich Re und ERGO von der DKV Deutsche Krankenversicherung AG getroffen. Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG hat die Verwaltung ihrer Vermögensanlagen über die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG in München zum größten Teil auf die MEAG MUNICH ERGO AssetManagement GmbH und ihre Tochtergesellschaften übertragen. MEAG ist der gemeinsame Vermögensmanager von Munich Re und ERGO. Sie gehört zu den bedeutenden Asset-Management-Gesellschaften weltweit. Das von der MEAG für Munich Re, ERGO und Externe verwaltete Vermögen (Assets under Management) belief sich zum 31. Dezember 2024 insgesamt auf 362 (340) Mrd. €.

Unsere Kunden im Fokus

Wir wollen Versichern so einfach wie möglich gestalten. Weil es für unsere Kunden um viel geht: die Gesundheit, die Familie, das Haus oder die eigene Vorsorge. Deshalb verbinden wir unsere Beratung nahtlos mit modernen Mobile- und Online-Serviceleistungen. So können unsere Kunden flexibel entscheiden, wie und wo sie mit uns in Kontakt treten. Und weil gerade schwierige Themen und komplexe Sachverhalte nach wie vor am besten persönlich besprochen werden, ist die fachkundige Beratung über unsere angestellten und selbstständigen ERGO Berater, Makler und starken Kooperationspartner ein wesentlicher Teil unseres Leistungsangebots. Das sind nur zwei Beispiele, wie ERGO Versichern für Kunden einfacher macht.

Unsere Produktpalette

Die DKV kann auch im Jahr 2024 auf Auszeichnungen für ihre Produkte und Services verweisen. Insbesondere der Leistungsumfang wurde erneut positiv bewertet¹.

Mit unseren BestMed- und PremiumMed-Tarifen bieten wir in der Vollversicherung eine klar strukturierte Produktpalette. Der Kunde hat mit der Teil-Modularisierung in den Bereichen Stationär und Zahn eine zusätzliche Auswahl. Viele Ratingagenturen bestätigen uns bereits jetzt mit besten Bewertungen². Für Beihilfekunden bieten wir ein attraktives Portfolio mit den BeihilfeMed-Tarifen an. Diese reichen von preisgünstiger bis hochwertiger Absicherung. Die Tarife sind ebenfalls teilmodular aufgebaut und decken die unterschiedlichen Beihilferegelungen ab. Die BeihilfeMed-Tarife wurden im Jahr 2024 um einen modernen, leistungsstarken Beihilfeergänzungstarif erweitert. Für die Zielgruppe der Beamtenanwärter hat die DKV ihr Produktportfolio bereits 2023 modernisiert und um neue Tarife erweitert.

Im Jahr 2024 haben wir eine neue Produktlinie Zahn auf den Markt gebracht, welche die Bedürfnisse unserer Kunden mit einem umfangreichen und modernen Leistungsangebot abdeckt und bereits hervorragend geratet ist¹. Das neue Produktportfolio in diesem Bereich besteht aus einem kompakten Rundumschutz für Zahnersatz und Zahnbehandlung in drei Niveaustufen und einem Aufbautarif. Damit treffen unsere Versicherten Vorsorge für den Erhalt gesunder und schöner Zähne. Gesundheitsbewusstes Verhalten wird belohnt,

¹ Aktuelle Testurteile sind auf der Internet-Seite der DKV hinterlegt: <https://www.dkv.com/unternehmen-auszeichnungen-89072.html>

² Bewertungsbeispiel: <https://www.assekurata-rating.de/project/03-februar-2024-deutsche-krankenversicherung-ag-premiummed-pma-0-2>

da die marktübliche Zahnstaffel (Summenbegrenzung für Zahnersatz und Zahnbehandlung in den ersten Jahren) um ein Jahr verkürzt werden kann, wenn Kunden in den letzten drei Jahren vor Abschluss der Versicherung jährlich zur Zahnvorsorge gegangen sind und behandlungsfrei waren.

Die DKV bietet verschiedene Produkte an, mit denen sich gesetzliche Versicherte auch im Krankenhaus neben den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen absichern können. Der Leistungsumfang reicht von der Kostenübernahme nur bei Unfall, für die Unterkunft, die Behandlung durch den Chefarzt bis hin zum Zugang zu unserem Expertennetzwerk.

Das Portfolio der Pflegezusatzversicherung bietet einen rundum guten Pflege-Vorsorge-Schutz. Im Jahr 2024 haben wir in einigen Pflegegeld-Tarifen wiederum eine Leistungsanpassung vorgenommen: Die Versicherten dieser Tarife erhalten unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit, das versicherte Tagegeld ohne erneute Gesundheitsprüfung und auch bei bereits bestehender Pflegebedürftigkeit zu erhöhen.

In der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) bieten wir Arbeitgebern Einzel-, Kompakt- und Budgetbausteine an. Das Produktangebot umfasst damit Leistungen im ambulanten, stationären und zahnärztlichen Bereich sowie in den Bereichen Pflege und Vorsorge. Arbeitgeber haben dadurch die Möglichkeit, das für sie und ihre Mitarbeiter passende Leistungspaket auszuwählen.

Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Kapitalmarktentwicklung

Im Jahr 2024 setzte die Weltwirtschaft ihren moderaten Wachstumskurs fort. Während sich das zuvor kräftige Wachstum der USA etwas abschwächte, erholte sich die Volkswirtschaft der Eurozone allmählich von ihrer Stagnation. Die deutsche Volkswirtschaft schrumpfte jedoch leicht¹. In China stabilisierte sich die Konjunktur, auch dank wirtschaftspolitischer Stützungsmaßnahmen. Der Rückgang der Inflationsraten setzte sich in vielen Industrieländern nur langsam fort. Im Jahresdurchschnitt war die Inflationsrate in Deutschland aber mit etwas über 2,2 %² deutlich geringer als im Vorjahr.

Nach derzeitigen Hochrechnungen³ wuchsen die Beitragseinnahmen der deutschen Versicherungswirtschaft 2024 deutlich stärker als im Vorjahr. In der Lebensversicherung stiegen die Neugeschäftsbeiträge und die gebuchten Beitragseinnahmen. In der privaten Krankenversicherung und besonders in der Schaden- und Unfallversicherung war das Beitragswachstum stärker als im langjährigen Mittel.

Infolge der zwar weiterhin erhöhten, aber rückläufigen Inflation begannen die Zentralbanken im Jahr 2024, die Geldpolitik zu lockern, nachdem sie diese für einige Zeit auf dem jeweiligen Zyklushoch belassen hatten. Die US-amerikanische Zentralbank (Fed) begann im September 2024 damit, die Zinsen zu senken. Der Leit-zinskorridor lag Ende Dezember zwischen 4,25 % und 4,50 %. Die Europäische Zentralbank (EZB) begann ihren Zinssenkungszyklus bereits im Juni 2024. Der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB lag Ende Dezember auf einem Niveau von 3,00 %.

An den Kapitalmärkten dominierten im Jahr 2024 vielfältige Faktoren. Insgesamt sorgten die Unsicherheit um den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA, die politische Situation in Deutschland und Frankreich sowie gestiegene geopolitische Risiken wiederholt für zeitweise erhöhte Volatilität. Im ersten Halbjahr 2024 nahmen die im vierten Quartal 2023 gestiegenen Zinssenkungserwartungen am Kapitalmarkt

merklich ab, nachdem die wirtschaftlichen Daten zunächst positiv überraschten. In diesem Umfeld stiegen die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen ausgehend von 2,0 % zum Jahresbeginn auf ein Jahreshoch von 2,7 %. Auch die zehnjährigen US-Staatsanleihen stiegen in der Rendite zunächst von 3,9 % auf 4,7 % an. Um die Jahresmitte führte insbesondere die Verschlechterung der Arbeitsmarktdaten in den USA – gepaart mit einem weiteren Rückgang der Inflationsdynamik – wieder zu steigenden Zinssenkungserwartungen. Dies hielt das dritte Quartal über an und zehnjährige US-Staatsanleiherenditen erreichten ihren Jahrestiefststand bei 3,6 % Mitte September. Die Renditen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen fielen wieder auf 2,0 % zurück. Im weiteren Jahresverlauf führten eine Verbesserung der US-Wirtschaftsdaten sowie die Wahl von Donald Trump zum nächsten Präsidenten der USA und die Sorge über daraus resultierende fiskalische und protektionistische Auswirkungen zu einem erneuten Zinsanstieg. So notierten die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen Ende Dezember bei 4,6 %. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen stiegen lediglich auf 2,4 %, da hier die politische Unsicherheit in Frankreich und die wirtschaftliche Schwäche belasteten.

Die Aktienmärkte legten im Jahr 2024 zu. Besonders in den ersten Monaten des Jahres beflügelten die positiven wirtschaftlichen Überraschungen die Aktienmärkte in den USA und Europa. Generell halfen die Erwartungen baldiger Zinssenkungen der Zentralbanken. In den USA unterstützte insbesondere die sehr positive Entwicklung einiger Technologieaktien in der ersten Jahreshälfte. Während die positive Dynamik in den USA – mit Ausnahme einiger temporärer Rücksetzer – bis zuletzt anhielt, entwickelten sich europäische Aktienmärkte generell nach einem positiven ersten Quartal in einem volatilen Band seitwärts. Der deutsche Aktienindex DAX konnte sich hiervon ab Ende September entkoppeln und stieg im vierten Quartal noch einmal deutlich an. In Summe legten der Preisindex Euro Stoxx 50 etwa 8 %, der deutsche Performanceindex DAX knapp 19 % und der Preisindex S&P 500 sogar mehr als 23 % zu.

¹ Quelle: Schätzungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

² Quelle: Schätzung des Statistischen Bundesamtes vom 6. Januar 2025

³ Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)

Im Vergleich zum Vorjahr bewegte sich der Euro gegenüber dem US-Dollar in einem engeren Band. Er fiel von 1,10 US-Dollar je Euro zu Jahresbeginn auf etwa 1,04 US-Dollar je Euro Ende Dezember und wertete damit ab. Zu Jahresanfang legte der US-Dollar leicht zu, da die wirtschaftliche Dynamik in den USA stärker war als in der Eurozone. Mit zunehmenden Wachstumsorgen in den USA sowie dem erneuten Anstieg der Zinssenkungserwartungen am Kapitalmarkt schwächte sich der US-Dollar bis Ende September auf etwa 1,12 US-Dollar je Euro ab, bevor die Eintrübung der Wirtschaftsaussichten für die Eurozone, die politischen Verwerfungen in Frankreich und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten den Euro wieder schwächer werden ließen.

Marktdaten-Quelle: LSEG Datastream

Die private Krankenversicherung im Jahr 2024

Die private Krankenversicherung (PKV) zeigte sich – insbesondere im Hinblick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Beitragsentwicklung – im Jahr 2024 stabil. Das Umfeld blieb weiterhin herausfordernd. Die Unternehmen mussten im Rahmen von Beitragsanpassungen besonders die Kosten des medizinischen Fortschritts einpreisen.

Am 26. Mai 2023 wurde im Bundestag das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) verabschiedet. Seit dem 1. Januar 2024 stieg der Zuschlag zur Begrenzung des Eigenanteils in Abhängigkeit von der Dauer der Pflege im stationären Bereich. Zum 1. Januar erhöhten sich zudem das Pflegegeld und die ambulanten Sachleistungen um 5 %.

Zum 1. Januar 2024 hob das Bundesland Sachsen die Beihilfebemessungssätze für einige Gruppen von berücksichtigungsfähigen Personen an. Für diese Gruppen reduzieren sich die Quoten und die Beiträge für die PKV. Zum 1. Januar 2024 führten die Bundesländer Sachsen und Schleswig-Holstein und zum 1. Februar 2024 das Bundesland Niedersachsen eine pauschale Beihilfe ein.

Im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten zu Beitragsanpassungen hat der Bundesgerichtshof die Voraussetzungen für die Vergabe von Limitierungsmitteln und die entsprechende Einbindung des mathematischen Treuhänders geklärt. Beachtlich seien danach nur besonders schwerwiegende Fehler des Versicherers. Diese führten jedoch nicht zur Unwirksamkeit der Beitragsanpassung, sondern könnten lediglich einen individuellen Anspruch des Versicherten hinsichtlich der Limitierung begründen. Die Beweislast liege beim Versicherten, den Versicherer treffe lediglich eine sekundäre Darlegungslast.

Die Beitragseinnahmen der PKV stiegen nach ersten Hochrechnungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) um 6,3 (3,2) % auf insgesamt 51,7 (48,7) Mrd. €. Die Versicherungsleistungen einschließlich der Schadenregulierungskosten nahmen voraussichtlich um rund 13,0 (6,8) % auf 40,3 (35,7) Mrd. € zu.¹

¹ Vgl. GDV: Jahresmedienkonferenz 2025 vom 13. Februar 2025, PKV-Zahlenportal (Stand: 13. Februar 2025).

Geschäftsverlauf

In einem weiterhin anspruchsvollen Marktumfeld blieb der Zugang in Jahressollbeiträgen (JSB) im vergangenen Jahr nahezu auf Vorjahresniveau.

Trotz der Beitragsanpassung in einigen verkaufsoffenen Tarifen blieb der Zugang in der Vollversicherung (in JSB) nur geringfügig unter Vorjahresniveau. Beim Neugeschäft in der Ergänzungsversicherung waren die stationären Produkte und die Zahnprodukte sowie die betriebliche Krankenversicherung besonders gefragt.

Am Jahresende waren bei der DKV im originären Geschäft, d. h. ohne besondere Versicherungsformen, wie insbesondere die Auslandsreisekrankenversicherung, 4.303.340 Personen versichert. Die Zahl der Versicherten erhöhte sich damit im Jahr 2024 leicht gegenüber dem Vorjahr. In der Krankheitskostenvollversicherung waren davon 666.346 und in der Ergänzungsversicherung 3.636.994 Personen versichert.

Ertragslage

Die Ertragslage der DKV ist geprägt durch die Beitragseinnahmen und die Aufwendungen für Versicherungsfälle im versicherungsgeschäftlichen Ergebnis sowie das Kapitalanlageergebnis. Diese Komponenten sowie das Gesamtergebnis und die Überschussverwendung zugunsten unserer Kunden gelten als bedeutsamste Leistungsindikatoren.

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen wie erwartet im Geschäftsjahr 2024 insgesamt leicht an. Sie erhöhten sich um 2,8 % auf 5,4 (5,2) Mrd. €. Davon entfielen 631 (612) Mio. € auf die Pflegepflichtversicherung. Die Beiträge erhöhten sich insbesondere in der Krankheitskostenversicherung und in der Pflegepflichtversicherung. Im Rahmen der Beitragsanpassung setzten wir Limitierungsmittel in Höhe von 349 (522) Mio. € ein.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich 2024 um 8,9 % auf 5,0 (4,6) Mrd. €. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus allgemeinen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen u. a. aufgrund des medizinischen Fortschritts und aus der vermehrten Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen. Die

Zahlungen für Versicherungsfälle stiegen um 9,4 % auf 4.912 Mio. €.

Leistungen für die Versicherten	2024		2023	
	Mio. € / %	%	Mio. € / %	%
Aufwendungen für Versicherungsfälle - brutto -	4.985,5	8,9	4.578,3	7,5
Rückstellung für erfolgsunabhängige BRE	30,0	-25,1	40,1	-17,8
Entnahmen für Limitierungen und Barausschüttungen ¹	27,9		31,7	
Zuführung allgemein	13,8		16,8	
Zuführung nach § 150 Abs. 4 VAG	4,0		6,2	
Rückstellung für erfolgsabhängige BRE	1.273,8	-11,8	1.444,3	0,7
Entnahme für				
Begrenzung von Beitragsanpassungen	337,3		508,8	
Barausschüttung	132,2		138,6	
Zuführung	299,0		658,2	
RfB-Quote	23,6 %		27,5 %	
RfB-Entnahmeanteile				
Quote Einmalbeiträge	71,9 %		78,6 %	
Quote Barausschüttung	28,1 %		21,4 %	
RfB-Zuführungsquote	5,5 %		12,5 %	
Deckungsrückstellung	46.955,4	2,6	45.786,5	3,0
Allgemeine Zuführung ²	845,3		1.057,4	
Zuführung nach § 149 VAG	105,5		104,6	
Direktgutschrift nach § 150 Abs. 2 VAG	218,1		161,9	
Schadenquote	84,6%		79,1 %	
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	7,0 %		12,3 %	
Überschussverwendungsquote³	82,9 %		87,6 %	

¹ Ohne Pool-RfB

² Laufende Zuführung, Verzinsung, Einmalbeiträge, Übertragungswerte

³ Nach Art der Lebensversicherung betriebene Kranken- und Pflegeversicherungen

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen blieben mit 452 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau. Höhere Verwaltungsaufwendungen wurden durch niedrigere Abschlussaufwendungen ausgeglichen. Die Abschlusskostenquote verringerte sich auf 5,6 (5,9) %, wohingegen die Verwaltungskostenquote mit 2,7 % konstant blieb.

Kapitalanlageergebnis

Das Kapitalanlageergebnis stieg um 2,2 % auf 1.484 (1.451) Mio. € und lag damit deutlich über unseren Erwartungen. Ursächlich für die Zunahme waren die auf 1.766 (1.730) Mio. € gestiegenen Erträge, während sich die Aufwendungen lediglich geringfügig um 1,1 % auf 282 (279) Mio. € erhöhten.

Die laufenden Erträge stiegen infolge höherer Ausschüttungen aus den Spezialfonds und verbundenen Unternehmen sowie Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen um 9,0 % auf 1.462 (1.342) Mio. €. Aufgrund der Entwicklung der Kapitalmärkte im Jahr 2024 sanken die Abschreibungen auf 145 (195) Mio. €, wohingegen die Zuschreibungen auf 174 (152) Mio. € zunahmen. Wie im Vorjahr waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Immobilien nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen. Die Abgangsgewinne beliefen sich auf 130 (236) Mio. €. Im Vorjahr waren deutlich höhere Gewinne aus der Realisierung von Reserven aus Immobilien erzielt worden. Die Abgangsverluste stiegen auf 52 (7) Mio. €. Die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstigen Aufwendungen für Kapitalanlagen erhöhten sich auf 85 (77) Mio. €.

Die Nettoverzinsung der DKV bewegte sich mit 3,0 (3,0) % auf dem Vorjahresniveau.

Gesamtergebnis

Der Rohüberschuss nach Steuern nahm auf 659 (991) Mio. € ab. Wesentlicher Treiber war das versicherungsgeschäftliche Ergebnis, das bedingt durch die gestiegenen Versicherungsleistungen auf 378 (645) Mio. € sank. Hinzu kam ein signifikant gestiegener Steuer Aufwand, da steuerrechtliche Sondereffekte in den Kapitalanlagen, die im Vorjahr zu einer Entlastung führten, weggefallen sind. Der leichte Anstieg des Kapitalanlageergebnisses konnte diese beiden Effekte nicht kompensieren. Jedoch konnten wir 222 (168) Mio. € unmittelbar zugunsten der Versicherten verwenden. Die Gutschrift erfolgte nach § 150 VAG zur sofortigen und zur künftigen Beitragsermäßigung. Der Bruttoüberschuss nach Steuern verringerte sich damit auf 437 (823) Mio. €.

Aus dem Bruttoüberschuss führten wir der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 299 (658) Mio. € zu (inklusive der Zuführung zur Rückstellung für die Pflegepflichtversicherung). Wir gaben 82,9 (87,6) % des erwirtschafteten Überschusses (nach Art der Lebensversicherung berechnet) an unsere Versicherten weiter. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung belief sich zum Ende des Jahres 2024 auf 1.304 (1.484) Mio. €. Dieser Betrag ist zur künftigen Beitragsentlastung oder zur Auszahlung an leistungsfreie Versicherte vorgesehen.

Das gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunkene und unter unseren Erwartungen liegende Gesamtergebnis von 138 (165) Mio. € werden wir im Rahmen des bestehenden Gewinnabführungsvertrags vollständig an die ERGO Deutschland AG abführen.

Vermögenslage

Kapitalanlagenbestand

Der gesamte Kapitalanlagenbestand der DKV erhöhte sich 2024 um 2,4 % auf 49,7 (48,6) Mrd. €.

Mit unserer sicherheitsorientierten und breit gestreuten Anlagepolitik erfüllen wir die Grundsätze der Mischung und Streuung. Unsere Kapitalanlagen waren größtenteils in festverzinslichen Wertpapieren (einschließlich der in Investmentfonds enthaltenen Wertpapiere) investiert.

Diese wiederum bestanden überwiegend aus Papieren von Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität, wovon wir ein Rating von mindestens „A“ gemäß Standard & Poor's verstehen. Wir beobachten risikobehaftete Investitionen im Rahmen unseres Risikomanagements genau, um gegebenenfalls Verkäufe oder ähnliche Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Im Fall von bonitätsbedingten Wertminderungen erfolgen Abschreibungen.

Kapitalanlagen	2024		2023	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	486	1,0	341	0,7
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	5.033	10,1	4.176	8,6
Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17.293	34,8	17.161	35,3
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.479	21,1	10.132	20,9
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.169	4,4	1.922	4,0
4. Sonstige Ausleihungen	13.674	27,5	14.407	29,7
5. Andere Kapitalanlagen	586	1,2	436	0,9
Summe	49.719	100,0	48.574	100,0
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	1	-	1	-
Kapitalanlagen insgesamt	49.720	-	48.575	-

Bewertungsreserven

Im Anhang unter den Erläuterungen zur Aktivseite der Bilanz weisen wir die Zeitwerte der Kapitalanlagen aus. Der Unterschied zwischen Zeit- und Buchwert wird als Bewertungsreserve bezeichnet. Zeitwerte sind Momentaufnahmen und spiegeln die Marktsituation zu einem bestimmten Zeitpunkt wider. Sie entwickeln sich nicht stetig, sondern unterliegen größeren Schwankungen.

Zum Geschäftsjahresende wiesen die Kapitalanlagen der DKV per saldo stille Lasten von 0,9 (1,2) Mrd. € auf. Ursächlich für die Verringerung der stillen Lasten waren der Marktwertanstieg infolge des Zinsrückgangs sowie die vorgenommenen Abschreibungen auf Rentenspezialfonds. Diese Lasten lösen sich bis zur Endfälligkeit auf.

Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen

Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	2024		2023	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Rückstellung für Beitragsüberträge	6	0,0	6	0,0
Deckungsrückstellung	46.955	94,9	45.787	94,6
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.186	2,4	1.113	2,3
Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.304	2,6	1.484	3,1
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	21	0,0	24	0,0
Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen insgesamt	49.473	100,0	48.413	100,0

Die Deckungsrückstellung ist aufgrund von Anspar-effekten, rechnungsmäßiger Verzinsung und Einmal-beiträgen aus der Rückstellung für Beitragsrückerstat-tung um 1.169 Mio. € auf 46.955 Mio. € gestiegen. Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunab-hängige Beitragsrückerstattung verringerte sich um 181 Mio. €. Insgesamt nahmen die versicherungstech-nischen Rückstellungen für eigene Rechnung im Jahr 2024 um 1.059 Mio. € auf 49.473 Mio. € zu.

Finanzlage

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital betrug zum Ende des Jahres unverändert 470 Mio. €.

Beschränkungen in der Verfügbarkeit von Finanzmitteln

Beschränkungen in der Verfügbarkeit von Finanzmitteln lagen im Geschäftsjahr 2024 bei der DKV nicht vor.

Wesentliche Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages hat unsere Gesellschaft den Gewinn des Jahres 2023 an die ERGO Deutschland AG abgeführt.

Die DKV führte im Geschäftsjahr 2024 keine Finanzierungsmaßnahmen durch. Derzeit planen wir auch keine Finanzierungsmaßnahmen für das Jahr 2025.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die DKV blieb im Geschäftsjahr 2024 mit 138 (165) Mio. € – trotz eines gestiegenen Kapitalanlageergebnisses – bedingt durch höhere Versicherungsleistungen und Entfall positiver Steuereffekte unter dem Gesamtergebnis des Vorjahres. Unser Risikomanagement stellt sicher, dass wir die versicherungstechnischen Risiken sowie die Risiken im Kapitalanlagebereich jederzeit im Blick haben und entsprechend gegensteuern können. Unsere Kapitalanlagenstruktur gewährleistet zusammen mit der Eigenmittelausstattung die jederzeitige Erfüllung der Ansprüche unserer Kunden. Eine detaillierte Liquiditätsplanung stellt sicher, dass die DKV ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

Liquidität

Im Rahmen der detaillierten Liquiditätsplanung stellen wir sicher, dass wir jederzeit uneingeschränkt in der Lage sind, unseren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Der Liquiditätssaldo belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 4.638 (5.108) Mio. €. Wir haben unter Einbeziehung des Liquiditätsvortrages im Rahmen des Mandates der Strategischen Asset Allocation 4.451 Mio. € wieder am Kapitalmarkt angelegt.

Zum Geschäftsjahresende 2024 betrug der Liquiditätsbestand 654 Mio. €, nach 467 Mio. € im Vorjahr. Hierunter fallen laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie die Forderung gegenüber der MEAG aus dem Cash Pooling, die unter den Anderen Kapitalanlagen ausgewiesen wird.

Insgesamt bewertet der Vorstand – auf Basis der im Wirtschaftsbericht beschriebenen Lage – die DKV als wirtschaftlich stabil und für die Risiken des Versicherungsgeschäfts gerüstet.

Lagebericht

Risikobericht

Ziele des Risikomanagements

Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Zu seinen Aufgaben gehört es, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, frühzeitig zu erkennen (§ 91 Abs. 2 AktG). Das Risikomanagement der ERGO verfolgt insbesondere das Ziel, die Finanzstärke zu erhalten, um die Ansprüche unserer Kunden zu sichern. Die zur Überwachung der Finanzstärke herangezogenen Kriterien sind innerhalb der Risikostrategie festgelegt. Ein weiteres Ziel ist, die Reputation der ERGO Group und aller Einzelgesellschaften zu schützen. Dazu setzen wir auf ein alle Bereiche umfassendes Risikomanagement. Die Vorgaben des Aktiengesetzes sowie die im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und der Delegierten Verordnung 2015/35/EU verankerten aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Geschäftsorganisation bilden hierfür den Rahmen.

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Die Risikomanagement-Organisation der DKV ist in die Risikomanagement-Prozesse der ERGO Group eingebunden. Der Bereich „Integriertes Risikomanagement“ (IRM) stellt das gruppenweite Risikomanagement sicher. Dezentrale Risikomanagement-Strukturen in allen Bereichen der Gruppe unterstützen IRM hierbei. An der Spitze der Risikomanagement-Organisation steht der Chief Risk Officer (CRO). Die einzelnen dezentralen Risikoverantwortlichen berichten an ihn. IRM analysiert, bewertet, überwacht und steuert die identifizierten Risiken. Diese kommuniziert der CRO an den Risikoausschuss der ERGO Group AG und an den Vorstand der Gesellschaft. Unbeschadet der Gesamtverantwortung des ERGO Vorstands entscheidet der Risikoausschuss über die vom ERGO Vorstand nach der Geschäftsordnung übertragenen Angelegenheiten. Entscheidungen auf Ebene der ERGO Group, die unsere Gesellschaft tangieren, überprüft und ratifiziert der Vorstand unserer Gesellschaft. Zum Risikomanagement-System gehören Risikokriterien und entsprechende Risikomanagement-Steuerungsprozesse. Darüber hinaus dient das implementierte Risikomanagement-System der Förderung der Risikokultur. Die geschaffene Risikokultur verstärkt das Risikobewusstsein, fördert ein risikogerechtes Verhalten und unterstützt so das Erreichen unserer Unternehmensziele.

Durch diese Organisation können wir Risiken frühzeitig erkennen und aktiv steuern.

Festlegung der Risikostrategie

Die Risikostrategie greift die aus der Geschäftsstrategie resultierenden Risiken auf. Sie ist eine wichtige Grundlage für die strategische und operative Planung. Der Vorstand der Gesellschaft prüft und verabschiedet die Risikostrategie jährlich. Zusätzlich wird sie mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft besprochen.

Die Risikostrategie definiert die Risikoobergrenzen auf Basis der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Die Einhaltung der Risikoobergrenzen überwachen wir anhand fester Schwellenwerte (Grenzen) und Frühwarnmechanismen in einer Ampel-Logik (Trigger). Diese Toleranzen orientieren sich an der Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der Ertragsvolatilität. Eine ausreichende Risikotragfähigkeit veranschaulicht die Fähigkeit des Unternehmens, Verluste aus identifizierten Risiken zu absorbieren. Aus diesen darf keine Gefahr für die Existenz der Gesellschaft resultieren.

Umsetzung der Risikostrategie und Risikomanagement-Kreislauf

Im Rahmen der Geschäftsplanung berücksichtigt der Vorstand die Risikostrategie. In der operativen Geschäftsführung ist diese ebenfalls verankert. Bei Kapazitätsengpässen oder Konflikten mit dem Limit- und Trigger-System verfahren wir nach festgelegten Eskalations- und Entscheidungsprozessen. Diese stellen sicher, dass Geschäftsinteressen und Risikomanagement-Aspekte in Einklang stehen.

Ein funktionierendes und wirksames Governance-System ist für eine effektive Unternehmenssteuerung und -überwachung von elementarer Bedeutung. Unsere Gesellschaft verfügt über ein Governance-System, das die unternehmensindividuelle Geschäftstätigkeit (Art, Umfang und Komplexität) sowie das zugrunde liegende Risikoprofil berücksichtigt. Ein Teil des Governance-Systems ist die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung, auch „Own Risk and Solvency Assessment“ (ORSA) genannt. ORSA liegt ebenfalls in der operativen Verantwortung der Risikomanagement-Funktion und stellt eine Verbindung der Ri-

sikomanagement- und Planungsprozesse her. Der Vorstand hat die Gesamtverantwortung für ORSA. Er hat eine aktive Rolle, ORSA zu gestalten, die Ergebnisse zu hinterfragen und zu entscheiden, ob gegebenenfalls weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements umfasst die Identifikation, Analyse, Bewertung und Steuerung von Risiken. Dazu gehört auch die daraus abgeleitete Risikoberichterstattung. Bei der Betrachtung der Risiken analysieren und bewerten wir die Risikolage auch mit Blick auf Kumulrisiken und wechselseitige Abhängigkeiten. Die Steuerung erfolgt anhand der in der Risikostrategie definierten qualitativen und quantitativen Größen. Die Betrachtung umfasst auch die ausgelagerten Prozesse und die damit verbundenen Risiken. Mit unseren Risikomanagement-Prozessen stellen wir sicher, dass wir Risiken kontinuierlich überwachen und bei Trigger- und Limitverletzungen bzw. Veränderungen des Risikoprofils Gegenmaßnahmen einleiten können.

Im Rahmen unseres Kapitalmanagement-Prozesses überwachen wir die Solvenzausstattung der Gesellschaft und ergreifen gegebenenfalls Maßnahmen.

Kontroll- und Überwachungssysteme

Unser „Internes Kontrollsystem“ (IKS) ist ein System zum Management von operationellen Risiken. Es beinhaltet die folgenden Risikodimensionen: Risiken der finanziellen Berichterstattung, rechtliche Risiken sowie sonstige operationelle Risiken. Die Risiken werden sowohl prozessbasiert als auch prozessunabhängig einheitlich auf Unternehmens-, Fachbereichs- und IT-Ebene analysiert. Die Verantwortung für das IKS liegt beim Vorstand der Gesellschaft. Der Bereich IRM ist für das IKS organisatorisch und methodisch zuständig. Eine Einbindung aller Geschäfts- und IT-Bereiche schafft ein einheitliches Risikoverständnis. Die Verantwortung für die Risiken und Kontrollen liegt bei den Fachbereichen. Dazu gehören eine regelmäßige Überprüfung und Bewertung der Risiken und Kontrollen sowie eine entsprechende Steuerung durch die Prozessverantwortlichen aus den jeweiligen Fachbereichen. Die Ergebnisse fließen in die regelmäßige IKS-Berichterstattung ein, die auch die gruppenintern ausgegliederten Prozesse samt ihren Risiken und Kontrollen beinhaltet.

Im Rahmen einer kontinuierlichen Verbesserung des IKS werden die methodischen sowie technischen Elemente fortlaufend überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt. Die methodisch und technisch unterstütz-

ten IKS-Elemente sind in den Versicherungsgesellschaften und bei den wesentlichen gruppeninternen Dienstleistern der ERGO in Deutschland bereits umgesetzt. In den internationalen Versicherungsgesellschaften ist die methodische und technische Implementierung größtenteils abgeschlossen. Ferner wurden im Zuge eines gruppenweiten Projekts innerhalb der Munich Re zur Harmonisierung des Non-Financial Risk Management (NFR) einzelne Elemente des IKS weiterentwickelt.

Die Revisionseinheit ERGO Group Audit (GA) bewertet bei ihren risikobasiert ausgewählten Prüfungen je nach Schwerpunkt der jeweiligen Prüfung u. a. die Angemessenheit der involvierten IKS-Elemente. Dies setzt sie um, indem sie die Vollständigkeit der wesentlichen Risiken, das Design und die Funktionsfähigkeit der entsprechenden Kontrollen in den geprüften Prozessen und Anwendungen einschätzt. Dabei sind Prozesse des Risikomanagement-Systems regelmäßig und in jedem Jahr Bestandteil des jährlichen Prüfungsplans und der damit verbundenen Risikoanalyse und -bewertung durch GA. Jährlich und im Rahmen der GA-Berichterstattung beurteilt GA die Angemessenheit des IKS auf Basis der Revisionsergebnisse in der zurückliegenden Prüfungsperiode und der sonstigen Beobachtungen und nimmt zu den wesentlichen Prüfungsergebnissen auch im Bereich des Risikomanagement-Systems Stellung.

Risikoberichterstattung

Mit der Risikoberichterstattung erfüllen wir nicht nur aktuelle rechtliche Anforderungen, sondern stellen auch intern Transparenz für das Management her und informieren die Aufsicht und die Öffentlichkeit.

Die interne Risikoberichterstattung informiert das Management regelmäßig über die Risikolage. Bei einer signifikanten Veränderung der Risikosituation erfolgt eine sofortige Berichterstattung an das Management unserer Gesellschaft. Sie erfolgt auch bei besonderen Schadenfällen und Ereignissen.

Mit unserer externen Risikoberichterstattung wollen wir einen verständlichen Überblick über die Risikolage der Gesellschaft geben. Die Öffentlichkeit informieren wir über die aktuelle Risikosituation der Gesellschaft durch diesen Bericht und den „Solvency and Financial Condition Report“ (SFCR), den Bericht über Solvabilität und Finanzlage nach Solvency II.

Wesentliche Risiken

Risiken sind mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Prognose- bzw. Zielabweichung für das Unternehmen führen können. Wesentliche Risiken sind Risiken, die sich entsprechend negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken können.

Wesentliche Risiken entstehen aus den folgenden Risikokategorien. Auf risikokategorieübergreifende Inhalte gehen wir gesondert in einem eigenen Abschnitt zum Ende des Risikoberichts ein.

Versicherungstechnische Risiken

Das Management der versicherungstechnischen Risiken nimmt im Risikomanagement-System unseres Unternehmens eine herausgehobene Stellung ein. Kernelement dieses Managements ist zum einen die Kontrolle der Risikoverläufe. Zum anderen überprüfen wir die Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und Beiträge laufend.

Die Beiträge und Rückstellungen kalkulieren wir mit vorsichtig gewählten Rechnungsgrundlagen. So können wir die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauerhaft sicherstellen. Wir reduzieren die versicherungstechnischen Risiken durch geeignete Zeichnungsrichtlinien und aktuarielle Analysen. Aktuarielle Analysen betreffen hierbei unter anderem die Versicherungsleistungen, das Stornoverhalten und die Sterblichkeits- und Krankheitsentwicklungen in den Beständen. So untersuchen wir z. B. das Stornoverhalten monatlich und mindestens jährlich nach Vertragslaufzeit, Tarif und Grund der Stornierung. Aus diesen Analysen leiten wir Informationen ab, wie wir das Storno dauerhaft mit angemessenen Sicherheiten versehen können. Wir verwenden diese Stornotafeln mit den ausreichenden Sicherheiten dann auch bei der Kalkulation.

Der Verantwortliche Aktuar sieht die für die Kalkulation herangezogenen Rechnungsgrundlagen als angemessen an. Für den Großteil der Rechnungsgrundlagen findet eine weitere Prüfung durch einen unabhängigen mathematischen Treuhänder statt. Das Ergebnis dieser Prüfung ist ausnahmslos, dass der Treuhänder die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen ebenfalls bestätigt. Das Risiko kumulierter Schadenereignisse, beispielsweise durch eine Pandemie, können wir nach derzeitigem Kenntnisstand aus eigenen Mitteln tragen.

In den folgenden Abschnitten stellen wir die versicherungstechnischen Risiken der DKV dar. Des Weiteren

nehmen wir eine differenzierte Analyse der einzelnen Risiken und relevanter Einflussgrößen vor. Die spezifischen versicherungstechnischen Risiken eines Krankenversicherungsunternehmens sind das Sterblichkeits-, das Langlebighkeits-, das Versicherungsleistungs-, das Storno-, das Kosten- und das Rechnungszinsrisiko.

Sterblichkeits- und Langlebighkeitsrisiko

Die Abweichung der tatsächlichen Sterblichkeit von der in der Kalkulation angenommenen charakterisiert das Sterblichkeitsrisiko bzw. das Langlebighkeitsrisiko. Die privaten Krankenversicherer ermitteln verbandsweit regelmäßig Sterbetafeln nach anerkannten aktuariellen Grundsätzen und übernehmen sie im Rahmen von Beitragsanpassungen in die Beitragskalkulation, sobald die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) diese veröffentlicht hat. Zusätzlich analysieren wir regelmäßig die verwendeten Sterbetafeln in unseren internen Controlling-Systemen. Hierbei kann es zu einer Beitragsanpassung nach § 155 Abs. 4 VAG kommen. Eine solche Beitragsanpassung kann erfolgen, wenn sich signifikante Abweichungen zwischen den erforderlichen und den verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten ergeben. Durch die Umsetzung der erwähnten gesetzlichen Vorgaben schränken wir das Sterblichkeitsrisiko stark ein und begrenzen dieses.

Zusätzlich zeigen Marktanalysen, dass die Sterblichkeit wenig schwankt. Dies kann durch die geringen Änderungen bei den jährlichen Aktualisierungen der Branchentafel belegt werden.

Versicherungsleistungsrisiko

Das Versicherungsleistungsrisiko besteht darin, dass wir aus einer im Voraus festgesetzten Prämie Versicherungsleistungen erbringen müssen. Diese Versicherungsleistungen haben wir in ihrem Umfang vorab vereinbart. Deren Höhe ist jedoch von der zukünftigen Entwicklung der Krankheitskosten und der Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen abhängig. Die Leistungsversprechen spielen dabei eine besondere Rolle. Auch für die Zukunft gehen wir von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Möglichkeiten sowie einer stärkeren Inanspruchnahme aus. Daher erwarten wir höhere Aufwendungen für Versicherungsleistungen.

Das Verhältnis der kalkulierten zu den erforderlichen Versicherungsleistungen überwachen wir ständig. Für einen Tarif nach Art der Lebensversicherung können wir eine Beitragsanpassung nach § 155 Abs. 3 VAG durchführen, sofern in diesem Tarif die erforderlichen Versicherungsleistungen nicht nur vorübergehend von den kalkulierten Leistungen abweichen.

Auf die Tarife nach Art der Schadenversicherung übertragen wir in der Regel das Verfahren einer Beitragsanpassung von Tarifen nach Art der Lebensversicherung. Durch diese Maßnahmen schränken wir das Risiko stark ein und überwachen es. In den verbleibenden Tarifen sind in der Regel feste Laufzeiten oder ein Kündigungsrecht vereinbart, sodass das Versicherungsleistungsrisiko nicht bzw. nur eingeschränkt auftreten kann.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht darin, dass entweder mehr oder weniger Kunden ihren Vertrag kündigen als erwartet.

Dabei stellt insbesondere das Massenstorno für uns ein wesentliches Risiko dar, welches im internen Modell abgebildet ist und stetig überwacht wird. In materieller Höhe ist dieses nur im Kontext einer Bürgerversicherung zusammen mit verschärfenden Umständen vorstellbar.

Bei der Kalkulation sind Annahmen zum Stornoverhalten erforderlich. Abweichungen des tatsächlichen Verhaltens von den Annahmen können zu einer Erhöhung der Rückstellung über die kalkulierte Rückstellungsbildung hinaus führen. Wir überwachen die von uns im Rahmen der Kalkulation verwendeten Stornotafeln regelmäßig und prüfen diese auf ihre Angemessenheit. Dies bestätigt der Verantwortliche Aktuar auch im Rahmen der Beitragsanpassungen. Deswegen sehen wir sie als ausreichend sicher an. Im Rahmen von Beitragsanpassungen nehmen wir bei signifikanten Abweichungen des tatsächlichen Stornos von den Stornonahmen Anpassungen bei den Storno-Rechnungsgrundlagen vor. Hierdurch schränken wir das Stornorisiko ein und begrenzen dieses. Nach Ansicht des Verantwortlichen Actuars enthalten die verwendeten Stornotafeln genügend Sicherheiten.

Kunden, die sich nach dem 1. Januar 2009 in der substitutiven Krankenversicherung versichert haben, nehmen beim Wechsel zu einem anderen privaten Krankenversicherer einen Übertragungswert mit. Dieses Recht erhalten auch alle Versicherten der Pflegepflichtversicherung. Bei Wechsel des Versicherungsunternehmens werden somit Bestandteile der kollektiven Alterungsrückstellung übertragen. Die kollektive Alterungsrückstellung orientiert sich an dem durchschnittlichen Gesundheitszustand der Versicherten. Für überdurchschnittlich Gesunde ist diese Rückstellung zu hoch, für überdurchschnittlich Kranke zu niedrig. Deswegen kann bei einem Wechsel vor allem besonders gesunder

Versicherter eine Belastung des zurückbleibenden Bestandes entstehen. Dies kann zusätzliche Beitragssteigerungen auslösen.

Bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigen wir die erwarteten Übertragungswerte. Diese hängen von den rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Die hier jeweils zugrunde gelegten Annahmen überprüfen wir regelmäßig. Diese Annahmen sind nach Ansicht des Verantwortlichen Actuars mit ausreichenden Sicherheiten versehen. Damit stellt die mögliche Mitgabe eines Übertragungswerts nach heutigem Kenntnisstand für die Gesellschaft weder ein Finanzierungs- noch ein Liquiditätsrisiko dar.

Zusätzlich wird die Richtlinie der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) „Festlegung von Stornotafeln in der privaten Krankenversicherung“ vom 26. September 2017 auch in Zukunft Anwendung finden. Hierdurch schränken wir das Stornorisiko ein und begrenzen es.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Kosten übersteigen. Wenn Beitragsanpassungen aufgrund von Veränderungen in der Sterblichkeit oder bei Schäden durchgeführt werden (§ 155 Abs. 3 und 4 VAG) und wir feststellen, dass die kalkulierten und die tatsächlichen Kosten voneinander abweichen, passen wir die kalkulierten Kosten im Rahmen einer Beitragsanpassung mit Zustimmung des Treuhänders an.

Rechnungszinsrisiko

Der verwendete Rechnungszins in der Krankenversicherung ist durch gesetzliche Vorgaben auf 3,5 % nach oben begrenzt. Können wir den Rechnungszins nicht nachhaltig erwirtschaften, müssen wir den Rechnungszins für das Neugeschäft und den Bestand reduzieren. Dies geschieht im Rahmen der nächsten möglichen Beitragsanpassung. Bis bei einer Beitragsanpassung die Bestandsprämien verändert werden können, belastet die Bildung der Deckungsrückstellung mit dem noch gültigen Rechnungszins die Ertragslage. Bei Neugeschäftsprämien können wir unabhängig von den Rechnungszinsen im Bestand einen geänderten Rechnungszins verwenden.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit des verwendeten Rechnungszinses überwachen wir im Rahmen des Asset Liability Management. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Überprüfung des Rechnungszinses. Wir führen sie auf Basis der von der DAV erarbeiteten Richtlinie „Der aktuarielle Unternehmenszins in der privaten Krankenversicherung“ vom 2. Oktober 2024 durch.

Durch die Anpassung des Rechnungszinses im Rahmen einer Beitragsanpassung gemäß den oben erwähnten Vorgaben reduzieren wir den Einfluss des Zinsänderungsrisikos.

Der Rechnungszins einzelner Tarife variiert. Im Jahr 2024 betrug der durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins bei der DKV 2,28 %.

Tarife ohne eine dauerhafte Anpassungsmöglichkeit sind nicht materiell und tragen daher auch nicht zum Zinsänderungsrisiko bei.

Risiken aus Kapitalanlagen

Wir investieren in die folgenden Anlageklassen: Aktien, Beteiligungen, Immobilien und Zinsträger. Dabei berücksichtigen wir die Kriterien Rendite, Sicherheit und Bonität. Aber auch die Aspekte Liquidität, Diversifikation sowie vor allem die Struktur der versicherungstechnischen Verpflichtungen sind für uns maßgebliche Steuerungsgrößen.

Bei den Kapitalanlagerisiken handelt es sich um Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken.

Marktrisiko

Das Marktrisiko drückt das Risiko von Verlusten oder negativen Einflüssen aus Kapitalmarktentwicklungen auf die finanzielle Situation eines Unternehmens aus. Es resultiert aus Preisänderungen und Schwankungen an den Kapitalmärkten. Im Wesentlichen besteht das Marktrisiko aus dem Zinsänderungsrisiko, dem Kursrisiko bei Aktien, dem Wertänderungsrisiko bei Immobilien und dem Wechselkursrisiko. Innerhalb des Zinsänderungsrisikos unterscheiden wir das Risiko durch Veränderungen der (Basis-)Zinskurven (z. B. Swap Rates, Volatilitäten) und das Credit-Spread-Risiko. Ein möglicher Rückgang der Marktwerte kann je nach Anlageklasse unterschiedliche Ursachen haben.

Das Zinsniveau hat sich – nach einem starken Zinsanstieg im Jahr 2022 – auf einem höheren Niveau im Vergleich zur Niedrigzinsphase stabilisiert. Durch das gegenüber der Niedrigzinsphase höhere Zinsniveau mit entsprechenden Neu- und Wiederanlagezinsen bestehen erhöhte Ertragschancen. Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft ist unverändert gegeben.

Der größte Teil unserer Kapitalanlagen entfällt mit 80,6 (81,0) % auf Zinsträger (inkl. Depotforderungen). Hier von sind 36,3 % in Staatsanleihen und 19,5 % in Pfand-

briefen investiert. Das Zinsniveau und die emittentenspezifischen Renditezuschläge haben somit einen erheblichen Einfluss auf den Wert der Kapitalanlagen. Der Aktienanteil¹ beläuft sich auf 4,5 (6,0) %. Die durchgerechnete Aktienquote² beträgt 2,0 (3,6) %. In Beteiligungen haben wir 8,4 (7,0) % und in Immobilien 6,5 (5,9) % investiert.

Die Marktrisiken steuern wir durch eine zielgerichtete Abstimmung der zukünftigen Zahlungsströme aus Vermögensanlagen, Prämien und Verpflichtungen (Asset Liability Management). Zudem setzen wir geeignete Limit- und Frühwarnsysteme ein. Das Ziel ist die langfristige Sicherung des Kapitalanlageergebnisses. Dafür passen wir unser Asset Liability Management an sich verändernde Rahmenbedingungen an.

Mithilfe derivativer Finanzinstrumente begrenzen wir Marktrisiken an den Kapitalmärkten.

Bei der Ermittlung der Werte von Immobilien sind nicht in jedem Fall jederzeit verfügbare Marktwerte vorhanden. Daher sind Gutachten oder allgemein anerkannte Bewertungsverfahren erforderlich. Der Markt für Gewerbeimmobilien ist weiterhin durch ein geringes Transaktionsvolumen geprägt. Wir nehmen Wertanpassungen im Anlagevermögen vor, soweit wir Wertminderungen als dauerhaft annehmen oder Gründe für vorherige Wertminderungen entfallen.

Wechselkursrisiken gehen wir nur beschränkt und hauptsächlich in Spezialfonds ein. Diese überwachen wir laufend.

Aufgrund der Werthaltigkeit unserer Kapitalanlagen sehen wir für die Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern keine Gefährdungen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Verluste durch den vollständigen oder teilweisen Ausfall eines Kontrahenten. Es umfasst auch potenzielle Verluste aufgrund der Veränderung der Kreditwürdigkeit einer Gegenpartei. Ein Rating unterhalb des Investment Grades, also unterhalb von „BBB“ gemäß Standard & Poor's, ist ein Indiz für eine schlechte Bonität bzw. für eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kontrahenten.

Das Kreditrisiko unserer Gesellschaft resultiert im Wesentlichen aus den Kapitalanlagen, die der verabschiedeten Kapitalanlagestrategie folgen. Darüber hinaus

¹ Entspricht dem als Aktien definierten Investmentanteil an Aktienfonds sowie den direkt gehaltenen Aktien ohne Absicherung.

² Entspricht – unabhängig vom Investmentanteil – allen Aktien nach Absicherung, ob direkt oder in Fonds gehalten (ökonomische Sicht).

hängt das Kreditrisiko von den allgemeinen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Wir haben Maßnahmen implementiert, um Emittenten mit erhöhtem Ausfallrisiko rechtzeitig zu erkennen. Zudem überwachen wir Konzentrationen in Abhängigkeit von Kontrahentenart und Rating. Auffallende Konzentrationen greifen wir zur näheren Untersuchung auf und leiten Handlungsempfehlungen daraus ab.

Das Ziel unserer Risikominderungstechniken ist die Begrenzung von potenziellen Verlusten durch Ausfälle oder Ratingveränderungen unserer Gegenparteien. Das konzernweit gültige Kontrahentenlimitsystem deckt die Überwachung des Ausfall- und Emittentenrisikos ab. Das aus derivativen Produkten resultierende Kontrahentenrisiko ist auf mehrere Emittenten verteilt, die beim Rating eine Mindestanforderung von Investment Grade erfüllen. Die Limits basieren auf der Einschätzung ihrer finanziellen Situation. Diese Einschätzung stellt das Ergebnis von Fundamentalanalysen, Ratings und Marktdaten dar.

Bei unseren festverzinslichen Anlagen steuern wir das damit verbundene Kreditrisiko, indem wir Emittenten mit angemessener Bonität auswählen und konzernweit gültige Kontrahentenlimits beachten. Das Rating externer Ratingagenturen ist nur eines von verschiedenen Kriterien, die wir dabei berücksichtigen. Darüber hinaus führen wir eigene Analysen durch. Externe Emittentenratings unterziehen wir zusätzlich einer internen Plausibilitätsprüfung. Der Großteil unserer Kapitalanlagen besteht aus Titeln von Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität, worunter wir ein Rating von mindestens „A“ gemäß Standard & Poor's verstehen. Bei den Zinsträgern entfielen zum Ende des Geschäftsjahres 74,7 (76,2) % der Anlagen auf die Ratingkategorien „A“ oder besser.

Unsere Gesellschaft geht auch Kreditrisiken in Form von Hypothekendarlehen ein, die jedoch durch ein konsequentes Management von Sicherheiten aktiv begrenzt werden.

Die Exponierung im Finanzsektor betrug nach Marktwerten zum Ende des Geschäftsjahres insgesamt 10,8 Mrd. €. Davon sind 7,4 Mrd. € (68,2 %) besichert.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Gründe hierfür können mangelnde Fungibilität der vorhandenen Aktiva oder nicht ausreichende Liquidität sein. Es kann insbesondere in Wechselwirkungen mit versiche-

rungstechnischen Risiken entstehen. Das Liquiditätsrisiko wird durch eine Liquiditätsplanung und -überwachung aktiv gemanagt. Risikominderungstechniken für das Liquiditätsrisiko verfolgen das Ziel, die Eintrittswahrscheinlichkeit sowie das Ausmaß potenzieller Verluste zu reduzieren. Diese können beispielsweise daraus resultieren, dass kurzfristige Verkäufe von Wertpapieren zu ungünstigen Tageskursen erfolgen.

Auf Ebene der ERGO Group ist ein Prozess definiert, der ein strukturiertes Vorgehen im Falle von Liquiditätskrisen bzw. Liquiditätsengpässen vorgibt. Wir überwachen das Liquiditätsrisiko über die in der Liquidity Risk Policy verankerten Liquiditätskriterien. Die Erfüllung der Kriterien gewährleistet eine geordnete Steuerung des Liquiditätsrisikos und stellt eine ausreichende Liquiditätsausstattung für die Versicherungsgesellschaften der ERGO Group sicher. Die Liquiditätskriterien sind in unser Limit- und Trigger-System integriert.

Die in der Risikostrategie verankerte Liquiditätsüberwachung stellt für unsere Gesellschaft sicher, dass ausreichend Liquidität vorgehalten wird, um unseren Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern jederzeit nachkommen zu können.

Im Berichtszeitraum hat unsere Gesellschaft eine Liquiditätsplanung zur Bestimmung bekannter und zukünftiger Zahlungsverpflichtungen durchgeführt. Diese überwachen wir und passen sie bedarfsgerecht an, um die Risikoexponierung zu begrenzen. Risikokonzentrationen hinsichtlich Liquidität liegen nicht vor. Darüber hinaus halten wir eine Liquiditätsreserve vor. Sie schützt uns vor unerwarteten Liquiditätsengpässen, z. B. bei unerwarteten Großschäden.

Wesentliche Sicherungsgeschäfte

Mithilfe derivativer Finanzinstrumente sichern wir bei der DKV Marktrisiken im Kapitalanlagebereich ab.

Es bestehen variabel verzinsliche Wertpapiere, die über Zins-Swaps abgesichert sind. Bei den meisten Zinsbeziehungsweise Zinswährungs-Swaps werden variable in feste Zinssätze getauscht. Den überwiegenden Anteil der Fremdwährungen in Kapitalanlagen sichern wir mithilfe von Derivaten gegen Wechselkursrisiken ab. Das derzeit bestehende Aktienexposure schützen wir ebenfalls mittels derivativer Instrumente gegen Kursrückgänge.

Die verwendeten derivativen Finanzinstrumente überwachen wir im Rahmen unserer Trigger-Systematik. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Beurteilung der Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Zur weiteren Risi-

koreduktion treffen wir Collateral-Management-Vereinbarungen mit den jeweiligen Kontrahenten, um die Forderungen aus Derivategeschäften zu besichern.

Die getroffenen Sicherungsgeschäfte erfüllen ihre Funktion. Aus den Sicherungsgeschäften selbst sehen wir zum aktuellen Zeitpunkt keine wesentlichen Risiken.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Unsere Forderungen gegenüber Rückversicherern, Vermittlern und Kunden unterliegen grundsätzlich einem Ausfallrisiko. Bei der Wahl unserer Rückversicherer begrenzen wir das Ausfallrisiko sowie Risiken von Zahlungstromschwankungen durch bestimmte Auswahlkriterien, die in einer internen Richtlinie definiert sind.

Zum Bilanzstichtag betragen die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler, deren Fälligkeitszeitpunkt mehr als 90 Tage zurücklag, unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen 59 Mio. €. Dies betraf unter anderem Forderungen aus dem Notlagentarif. Aus möglichen Ausfällen dieser Forderungen resultieren keine wesentlichen bilanziellen Risiken. Die durchschnittliche Ausfallquote wird aus dem Verhältnis der Wertberichtigungen zu den gebuchten Bruttobeiträgen ermittelt und betrug 1,2 % für die vergangenen drei Jahre.

Unsere passive Rückversicherung platzieren wir überwiegend innerhalb des Konzernverbundes. Es bestanden – wie im Vorjahr – zum Bilanzstichtag keine Forderungen gegenüber Rückversicherern.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten aufgrund von unangemessenen Prozessen, Technologieversagen, menschlichen Fehlern oder externen Ereignissen.

Aus dem Betrieb des Kernversicherungsgeschäfts können operationelle Risiken für die Gesellschaft entstehen, die in der Folge auch Rechtsrisiken nach sich ziehen können. Hierunter fallen insbesondere Risiken aus den vertragsrechtlichen Anforderungen an die Dokumentation, Information und Beratung von Kunden sowie die Gültigkeit von Vertragsklauseln. Operationellen Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit unmittelbar verbunden sind, begegnen wir mit einem systematischen, ursachenbezogenen Risikomanagement. So identifizieren, analysieren, bewerten und steuern wir

operationelle Risiken im IKS. Darüber hinaus überwachen wir die Verfügbarkeit von internen Ressourcen, insbesondere für Projektaktivitäten. Im Falle knapper Ressourcen können wir somit zeitnah Maßnahmen initiieren. Zum Umgang mit potenziellen Projektrisiken hat die Risikomanagement-Funktion zudem Mindestanforderungen in einer Richtlinie definiert.

Operationelle Fehler könnten außerdem im Zusammenhang mit dem Design oder der Preisgestaltung bei Produktimplementierungen auftreten.

Weitere wesentliche Risikotreiber operationeller Risiken sind Fehler in den IT-Systemen und manuelle Bearbeitungsfehler in den Geschäftsprozessen des versicherungstechnischen Kerngeschäftes, den dazugehörigen Unterstützungsprozessen (beispielsweise Rechnungslegungs- oder Finanzplanungsprozessen) sowie übergreifenden Managementprozessen. Manuelle Bearbeitungsfehler können insbesondere aus der fehlerhaften Erfassung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten in den IT-Systemen oder (elektronischen) Unterlagen entstehen.

Operationelle Risiken im Bereich des Datenschutzes und der IT- und Informationssicherheit sind weitere Risikotreiber der Gesellschaft. Im Kontext des Datenschutzes bestehen die wesentlichen Risiken aus der Weitergabe von vertraulichen und sensiblen Kundendaten und -informationen (z. B. allgemeine und sensible Vertragsdaten des Kunden) an unberechtigte Dritte. Im Kontext der IT- und Informationssicherheit sind vor allem Cyberrisiken zunehmende Treiber für das operationelle Risiko.

In den vergangenen Jahren konnten ein fortlaufender Anstieg von Cyberkriminalität und eine zunehmende Professionalisierung der Angreifer festgestellt werden. Cyberangriffe stellen somit insbesondere durch die steigende Digitalisierung des Geschäftsmodells und der Geschäftsprozesse eine ernstzunehmende Gefahrenquelle für ERGO dar. Weitere Gefahrenquellen können durch Sicherheitslücken in Programmen entstehen. ERGO ist auf solche Situationen vorbereitet. Es gibt definierte und geübte Prozesse zur Analyse der jeweiligen Schwachstelle und ihrer möglichen Auswirkungen auf das Unternehmen sowie zur Einleitung adäquater Gegenmaßnahmen.

Schwächen im Kontrollumfeld sowie in den zentralen IT-Systemen können Auswirkungen auf den operativen Versicherungsbetrieb haben und besitzen damit grundsätzlich kumulative Auswirkungen. Diesen Risiken be-

gegenen wir durch geeignete Schutzvorkehrungen. Unser Ziel ist stets, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Informationen sicherzustellen.

Bis Anfang 2025 hatte die Erfüllung der regulatorischen „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“ (VAIT) für uns die höchste Priorität, an deren Umsetzung wir mit großem Aufwand und in kurzer Zeit in den betroffenen inländischen Gesellschaften der ERGO Group AG gearbeitet haben. Darüber hinaus wurden zentral gesteuerte Initiativen zur vollständigen Erfüllung des Anfang 2025 in Kraft getretenen Digital Operational Resilience Acts der EU ergriffen. Die identifizierten Verbesserungspotenziale und Handlungsbedarfe werden im Rahmen eines gruppenweiten Programms übergreifend koordiniert und gesteuert.

Die Vertrags-, Leistungs- sowie Auszahlungssysteme für die Gesellschaft überschreiten die Schwellenwerte gemäß der „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz“ (BSI-KritisV) des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Aufgrund der bestehenden Unternehmensverträge ist die ERGO Group AG als Betreiber der kritischen Infrastruktur im Sinne des BSI-Gesetzes anzusehen. Als solcher weist die ERGO Group AG dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik alle zwei Jahre nach, dass ihre Vorkehrungen zur Informationssicherheit den branchenspezifischen Anforderungen gerecht werden.

Wir sehen es als wichtig an, die Mitarbeiter für mögliche Gefahren zu sensibilisieren und die bestehende Risikokultur weiter zu optimieren.

Durch unser Third Party Risk Management (TPRM-Rahmenwerk) haben wir gruppenweit einheitliche Vorgaben zum konsistenten und effektiven Umgang mit Risiken geschaffen, denen unsere Gesellschaft durch ihre Beziehungen zu Third Parties (Drittparteien) ausgesetzt ist.

Unsere Business-Continuity-Management-Normen (BCM-Normen) definieren die Rahmenvorgaben für ein einheitliches Vorgehen im Hinblick auf das BCM und das Krisen- und Notfallmanagement. Ziele sind die Sicherstellung der Betriebskontinuität zeitkritischer Prozesse und der Schutz unserer Beschäftigten sowie unserer Infrastruktur und Assets in Notfällen und Krisen. Unsere Rahmenvorgaben erhöhen die Widerstandsfähigkeit der Funktionen, Prozesse und Standorte durch vordefinierte Prozesse und ermöglichen einen adäquaten Wiederanlaufprozess.

Das Business-Continuity-Management-System (BCMS) umfasst bereits für viele zeitkritische Prozesse Pläne zum Wiederanlauf und zur Fortführung des Geschäftsbetriebes (Business-Recovery-Pläne), die auf qualifizierten Business-Impact-Analysen basieren, und ergänzende Pläne (Resource-Recovery-Pläne) zur Wiederherstellung wesentlicher Nicht-IT-Ressourcen sowie Pläne zur Wiederherstellung des IT-Betriebes (Disaster-Recovery-Pläne). Eine Notfallorganisation sowie entsprechende Notfallpläne sind an allen relevanten Unternehmensstandorten eingeführt. Die Funktionsfähigkeit wird im Rahmen von Übungen und Tests überprüft.

Die quantitative Bewertung der wesentlichen operativen Risiken erfolgt über einen szenariobasierten Ansatz. Die Ermittlung des Risikokapitals im internen Modell erfolgt auf Basis von strukturierten Experteneinschätzungen.

Reputationsrisiken

Unter Reputationsrisiken verstehen wir die Gefahr einer möglichen Beschädigung des Rufes der Gesellschaft infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern oder Behörden).

Das Reputationsrisiko der DKV ist unter anderem geprägt durch die mediale Wahrnehmung der Krankenversicherung insgesamt. In den letzten Jahren ist immer wieder eine zum Teil negative Berichterstattung über private Krankenversicherungen zu beobachten. Auch können über dem Marktdurchschnitt liegende Beitragsanpassungen zu einem Anstieg im Reputationsrisiko führen.

Zudem führt unser exponiertes Unternehmensleitbild bei den Stakeholdern (insbesondere den Kunden) zu einer besonders hohen Erwartungshaltung an Professionalität und Qualität. Dies beinhaltet auch das Wohlverhalten der Mitarbeiter. Insgesamt können operationelle Risiken in den Prozessen der Gesellschaft zu einem Anstieg des Reputationsrisikos führen. Darüber hinaus können auch Reputationsrisiken der ERGO Group AG bzw. anderer ERGO Gesellschaften auf die Reputation der DKV ausstrahlen

Die Auswirkungen reichen von reduzierten Chancen (Neugeschäft, Vertriebspartner etc.) bis hin zu administrativem Zusatzaufwand (z. B. Aufbereitung von Anfragen der Presse, Aufsicht, Ratingagenturen und Investoren).

Die Mindestanforderungen an den Umgang mit Reputationsrisiken haben wir in eine Leitlinie integriert. Dabei bildet die Leitlinie die Grundlage für ein einheitliches und strukturiertes Vorgehen beim Umgang mit Reputationsrisiken. Zur Identifikation, Bewertung und Minimierung von Reputationsrisiken haben wir einen Steuerungs- und Kontrollprozess eingerichtet. Zudem gibt es bei der ERGO Group AG ein „Reputation and Integrity Committee“ (RIC). Auftrag des RIC ist, gemeldete (geschäftliche) Sachverhalte jedweder Fachbereiche der ERGO und ihrer Tochtergesellschaften, die potenzielle Reputationsrisiken darstellen, einer objektiven und einheitlichen Bewertung zuzuführen. Dies kann auf Veranlassung des Vorstandes oder anderer Fachbereiche (nach Vorevaluation durch die zuständigen Bereiche Compliance, Integriertes Risikomanagement oder ERGO Sustainability) geschehen.

Strategische Risiken

Wir bezeichnen strategische Risiken als Risiken aus sich im Nachhinein als falsch herausstellenden Geschäftsentscheidungen bzw. der schlechten Umsetzung von bereits getroffenen Entscheidungen. Wir bilden in den strategischen Risiken auch die mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Veränderungen in der Umwelt des Unternehmens ab. Dazu zählen beispielsweise ein verändertes wirtschaftliches bzw. regulatorisches Umfeld. Auch kann sich das Kundenverhalten ändern. Strategische Risiken beziehen sich auf die vorhandenen und neuen Erfolgspotenziale. Sie treten oft mit einem zeitlichen Vorlauf, aber auch im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Die DKV ist vielfältigen strategischen Risiken ausgesetzt. So können sich beispielsweise Risiken durch die demografische Entwicklung ergeben. In diesem Zusammenhang ist die Gesellschaft auch dem branchenübergreifenden Risiko des Fachkräftemangels ausgesetzt. Weitere Risiken können sich durch Veränderungen bei den Wettbewerbern ergeben. Diese Risiken können sich negativ auf die Erreichung der Neugeschäftsziele auswirken.

Weiterhin ergeben sich strategische Risiken aus möglichen politischen Maßnahmen zulasten der privaten Krankenversicherung. Hier sind insbesondere die Diskussionen zur Einführung einer „Bürgerversicherung“ beziehungsweise verwandter Teilformen inklusive Ausweitung der Portabilität in der Krankenversicherung zu nennen. Diese Risiken beziehen sich insbesondere auf aktuelle und zukünftige Erfolgspotenziale (Risiko des „künftig entgangenen Gewinns“) und stehen in Wechselwirkung zu anderen Risikokategorien. Strategische Risiken entwickeln sich meist über einen

längeren Zeitraum (z. B. aufgrund von Wettbewerbsthemen), können sich aber auch plötzlich realisieren (z. B. Rechtsrisiken). Sie haben bei Realisation eine tendenziell mehrjährige Auswirkung auf das Unternehmen und werden in der Planung berücksichtigt.

Wir begegnen den strategischen Risiken, indem wir strategische Entscheidungsprozesse und Risikomanagement miteinander verzahnen. Dies umfasst kulturelle wie organisatorische Aspekte. Zur Identifikation, Bewertung und Steuerung strategischer Risiken haben wir einen regelmäßig wiederkehrenden Prozess, bestehend aus strategischem Dialog und jährlicher Planung, etabliert. Bei der Identifikation und Bewertung strategischer Risiken verfolgen wir einen qualitativen Ansatz.

Zudem greift das Anfang 2021 als Teil der „Munich Re Ambition 2025“ gestartete ERGO Strategieprogramm die strategischen Risiken auf und trägt somit zur Minimierung ebendieser bei. Der strategische Fokus liegt auf profitabilem Wachstum. Dazu möchte die ERGO Group u. a. ihre Marktposition und Profitabilität in Deutschland verbessern und im internationalen Geschäft sowie im Bereich B2B2C und bei Direktangeboten wachsen. Auch die fortgesetzte Modernisierung der IT-Infrastruktur steht weiterhin im Fokus.

Entlang allen Reporting-Perspektiven verläuft die Umsetzung der Strategiemaßnahmen insgesamt überwiegend planmäßig. Dabei begegnen wir vereinzelt Herausforderungen in der Umsetzung mit hoher Managementaufmerksamkeit.

Emerging Risks

Wir definieren Emerging Risks als neue oder sich verändernde Risiken, die sich durch ein hohes Maß an Unsicherheit in Bezug auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und ihre möglichen Auswirkungen auszeichnen.

Emerging Risks stellen nicht nur Risiken dar, sondern können auch Chancen und Geschäftspotenziale mit sich bringen. Es ist daher wichtig, dass Emerging Risks ganzheitlich betrachtet werden. Auf ERGO Ebene setzen wir uns schwerpunktmäßig mit Emerging Risks aus Erstversicherungssicht auseinander. Themen, die für die ERGO Group oder unsere Gesellschaft relevant sind, werden näher analysiert und bewertet. In diesem Zusammenhang betrachten wir auch die langfristigen Auswirkungen eines sich verändernden Klimas auf unsere Gesellschaft (siehe hierzu auch risikokategorieübergreifende Inhalte).

Sonstige Risiken

Änderungen in der Auslegung des nationalen bzw. internationalen Steuerrechts könnten Risiken für die Branche und unsere Gesellschaft nach sich ziehen. Auch können einzelne Gerichtsurteile rechtliche Folgen für unsere Gesellschaft haben. Außerdem können sie sich auf unsere Reputation auswirken. Bei laufenden Prozessen beurteilen und bewerten wir mögliche daraus resultierende Verpflichtungen zeitnah. Werden dabei potenzielle monetäre Aufwendungen identifiziert, berücksichtigen wir diese umgehend durch die Bildung von Rückstellungen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat bereits in den Vorjahren einige höchstrichterliche Entscheidungen zu Beitragsanpassungen getroffen (Anforderungen an die Begründung von Beitragsanpassungen in der PKV, Wirksamkeit der sogenannten „Kann-Klausel im engen Sinn“, Umfang von Auskunftsansprüchen und weitere).

Im Jahr 2024 ist eine weitere höchstrichterliche Entscheidung des BGH zu den Voraussetzungen für die Vergabe von Limitierungsmitteln und die entsprechende Einbindung des mathematischen Treuhänders ergangen. Danach habe der Versicherer zwar zu beweisen, dass die Nachkalkulation (§ 155 Abs. 1 VAG) den gesetzlichen Anforderungen entspreche. Der Versicherte müsse jedoch beweisen, dass die Vergabe der Limitierungsmittel (§ 155 Abs. 2 VAG) nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprochen habe und er dadurch in seinen Rechten beeinträchtigt sei. Zur Rechtsfolge fehlerhafter Limitierung hat der BGH ausgeführt, dass diese nicht zur Unwirksamkeit der gesamten Beitragsanpassung führe, sondern ausschließlich ein individueller Anspruch auf (weitere) Limitierung entstehen könne.

Ein zusätzliches, wenn auch bezogen auf seine Auswirkungen aktuell als gering eingeschätztes Risiko hinsichtlich der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Beitragsanpassungen (BAP) könnte sich aus der Umsetzung der EU-Verbandsklage in deutsches Recht ergeben. Ein entsprechendes Umsetzungsgesetz zur Einführung der EU-Verbandsklage in Deutschland ist am 13. Oktober 2023 in Kraft getreten.

Aufgrund der fortdauernden Rechtsstreitigkeiten ist zu erwarten, dass der BGH auch weitere offene Rechtsfragen im Zusammenhang mit Beitragsanpassungen klären wird.

Die bestehende Unsicherheit für die DKV aus bisherigen Entscheidungen und möglichen zukünftigen Verfahren haben wir bilanziell berücksichtigt.

Risikokategorieübergreifende Risiken

Bestimmte Risiken oder Ereignisse können auf mehrere Risikokategorien gleichzeitig ausstrahlen und eine übergreifende Auswirkung haben. Im Folgenden behandeln wir Nachhaltigkeitsrisiken (inkl. Klimawandelrisiken), Unsicherheiten im Umgang mit künstlicher Intelligenz sowie geopolitische Konflikte (einschließlich der damit einhergehenden Folgen und Entwicklungen auf den Kapitalmärkten) und politische Unsicherheiten.

Unter Nachhaltigkeitsrisiken verstehen wir alle Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Gesellschaft haben können. Diese Definition schließt klimabezogene Risiken in Form von physischen Risiken (wie beispielsweise Extremwetterereignisse) und Transitionsrisiken sowie die Interdependenzen zwischen beiden Risiken mit ein. Transitionsrisiken bestehen im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft.

Wir betrachten Nachhaltigkeitsrisiken nicht als separate Risikokategorie, weil sie auf alle bekannten Risikoarten einwirken und analysieren diese innerhalb der bestehenden Risikokategorien. Wir berücksichtigen Nachhaltigkeitsaspekte nicht nur in unserem Risikomanagement-Kreislauf, sondern auch in unserem Geschäftsbetrieb, unserem versicherungstechnischen Kerngeschäft sowie unserem Kapitalanlageportfolio. So bestehen z. B. Ausschlusskriterien bei Investitionen in Aktien und Unternehmensanleihen.

Im Jahr 2024 haben wir eine Analyse und Bewertung des Einflusses von Nachhaltigkeitsfaktoren auf unsere Risikokategorien vorgenommen. Dabei stellt der Klimawandel das zentrale Nachhaltigkeitsrisiko dar, weil er unser Unternehmen an vielen Stellen und auch in der langfristigen Perspektive tangieren kann. Die Analyse zeigt, dass wir – basierend auf den aktuellen Erkenntnissen und unserer heutigen Sichtweise – die potenziellen Risiken als nicht wesentlich einschätzen. Wir begründen dies damit, dass die Auswirkungen des Klimawandels eher langfristig im Bestand sichtbar würden und unsere (Risikomanagement-)Prozesse derart ausgestaltet sind, dass wir sachgerecht auf die Risiken eines sich wandelnden Klimas reagieren können. Ungeachtet dessen beobachten wir die Auswirkungen von

Nachhaltigkeitsrisiken auf unsere Gesellschaft weiterhin.

Wir haben Risikotreiber im Zusammenhang mit dem Einsatz bzw. dem Nicht-Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) untersucht. Für unsere Gesellschaft können sich Auswirkungen auf das versicherungstechnische Risiko, das Reputationsrisiko, das strategische Risiko („Verpassen des Trends“) und auf die operationellen Risiken ergeben. Auch bestehen Verbindungen zu Emerging Risks. Insbesondere im Bereich der operationellen Risiken sind Aspekte der Informationssicherheit betroffen. Wir behandeln diese risikokategorieübergreifenden Risiken in unserem Risikomanagement-Kreislauf. Zur Erfüllung der rechtlichen und regulatorischen Anforderungen bezüglich der KI-Risiken haben wir entsprechende Maßnahmen ergriffen. Dies beinhaltet insbesondere die Implementierung eines gruppenweiten Rahmenwerks, das auch das Bewusstsein im Umgang mit KI bei den Mitarbeitern fördert.

Auch geopolitische Konflikte oder kriegerische Auseinandersetzungen können die Risikosituation unserer Gesellschaft potenziell beeinflussen. Hier sind insbesondere der Krieg Russlands mit der Ukraine sowie der Israel-Gaza-Konflikt zu nennen. Mit Blick auf die globalen Kapitalmärkte haben die derzeitigen geopolitischen Konflikte und Kriege weiterhin das Potenzial, Unsicherheit und Volatilität zu erhöhen. In diesem Zusammenhang könnten sich für unsere Gesellschaft mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf das Marktrisiko, das Kreditrisiko und weiter auf die operationellen Risiken (wie Cyberrisiken) ergeben. Derzeit gibt es keine wesentlichen Auswirkungen auf die Aktiv- und Passivseite unserer Bilanz sowie auf die Solvenz. Dennoch könnten sich durch negative Marktentwicklungen Auswirkungen auf der Aktivseite ergeben.

Darüber hinaus könnten anstehende Wahlen in den Mitgliedsländern in der Europäischen Union und die vorangegangenen Wahlen in den Vereinigten Staaten grundsätzlich zu Veränderungen der Wirtschaftsaussichten und der Markterwartungen führen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die DKV verfügt über eine stabile Eigenmittelausstattung und über eine hohe Bonität des Kapitalanlageportfolios. Die Gesellschaft zeigt eine Überdeckung der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Solvenzkapitalanforderungen. Die Nutzung von Übergangsmaßnahmen haben wir nicht beantragt. Mit dem Bericht über Solvabilität und Finanzlage informieren wir die Öffentlichkeit

einmal jährlich ausführlich über unsere Solvabilitätssituation. Zudem liegt die Bedeckung der versicherungstechnischen Verpflichtungen durch das Sicherungsvermögen nach Buch- und Marktwerten über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Wir verfügen über ein Risikomanagement-System, welches in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Das Risikomanagement-System ist so ausgestaltet, dass es sämtliche Risikokategorien des Versicherungsunternehmens umfasst. Durch die implementierten Strukturen und Prozesse erkennen wir Risikoentwicklungen frühzeitig und leiten diese der Risikosteuerung zu.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Bestand der DKV und die Interessen der Versicherungsnehmer zu keinem Zeitpunkt gefährdet waren. Uns sind derzeit auf Basis der aktuellen Informationen keine Entwicklungen bekannt, die eine solche Bestandsgefährdung herbeiführen könnten. Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der weiteren Entwicklung externer Faktoren und ihrer unmittelbaren und mittelbaren sowie potenziell kumulierten Auswirkungen auf die Risikosituation der Gesellschaft. Daher werden die Entwicklungen überwacht und regelmäßig sowie ggf. auch ad hoc analysiert. Falls erforderlich, ergreifen wir geeignete Maßnahmen.

Darüber hinaus ist uns zum aktuellen Zeitpunkt keine Entwicklung bekannt, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen könnte. Insgesamt betrachten wir die Risikosituation der DKV auf Basis der aktuellen Informationen als tragfähig und weitestgehend kontrolliert.

Lagebericht

Chancenbericht

Wir sind – gemessen an den Beitragseinnahmen und versicherten Personen – eine der führenden privaten Krankenversicherungen in Deutschland. Wir bieten ein umfassendes Spektrum an Versicherungen an. Hinzu kommen Service- und Versorgungsleistungen. Entsprechend vielfältig sind die Chancen und Risiken für unser Geschäft. Im Prognosebericht geben wir einen Überblick darüber, wie sich unser Geschäft unter den sich abzeichnenden Rahmenbedingungen voraussichtlich entwickeln wird. Dabei versuchen wir, uns so weit wie möglich auf langfristig wirksame Trends einzustellen. Überraschende und unvorhergesehene Entwicklungen können wir jedoch niemals ganz ausschließen. Um uns vor Risiken zu schützen, haben wir ein Risikomanagement-System etabliert, welches in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Im Kapitel Risikobericht beschreiben wir dies ausführlich.

Wirtschaftliche Entwicklung und technischer Fortschritt

Wenn sich die für uns wichtigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser entwickeln als angenommen, eröffnen sich uns erweiterte Geschäftsmöglichkeiten. Geopolitische und handelspolitische Entspannung sowie eine sich deutlich verbessernde wirtschaftliche Situation in Deutschland und in der Eurozone würden die Nachfrage nach Versicherungsschutz erhöhen. Ebenso könnte eine entsprechende Entwicklung an den Aktien- oder Rentenmärkten, insbesondere in der Eurozone, zu einem stärkeren Kapitalmarktergebnis beitragen.

Künstliche Intelligenz (KI) spielt im Rahmen der digitalen Transformation eine entscheidende Rolle. Die Fortschritte in der KI-Technologie haben ihre Leistungsfähigkeit erheblich gesteigert, wodurch sich neue Möglichkeiten zur Effizienz- und Qualitätssteigerung von Prozessen eröffnen. Bei ERGO setzen wir KI gezielt ein, um den Kundenservice durch verbesserte Dokumenten- und Sprachverarbeitung zu optimieren. Diese Entwicklungen unterstreichen die Bedeutung von Digitalisierung und KI als zentrale Themen unserer Zeit.

Weitere wichtige Trends sind der demografische Wandel sowie Veränderungen des rechtlichen und regulatorischen Umfelds. Sie alle prägen den Versicherungsbedarf der Kunden und unser Angebot.

Kundenorientierung und Versicherungsangebote

Aufgrund der Positionierung der DKV im Markt sowie ihrer finanziellen Ausstattung sind wir zuversichtlich, die sich bietenden Chancen im Wettbewerb erfolgreich nutzen zu können. Dies kommt auch unseren Kunden zugute. Sie profitieren von einer schnellen Anpassung von Produktlösungen an die Gegebenheiten neu entstehender oder sich verändernder Märkte und Regulierungen.

Unser Ziel ist, langfristig und profitabel zu wachsen. Deshalb konzentrieren wir uns in der Krankheitskostenvollversicherung weiter auf qualitativ hochwertige Produkte. Wir stellen dabei sicher, dass unsere Produkte zukunftssicher sind und bleiben. So beobachten wir Marktveränderungen und Trends und passen das Leistungsversprechen entsprechend an, wie z. B. die Aufnahme der Erstattung von digitalen Gesundheitsservices. Auch im gehobenen Grundschutzsegment sehen wir zunehmend Marktpotenziale – insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der GKV. Das Marktumfeld ist allerdings herausfordernd und das Neugeschäft weiterhin geringer als noch vor einigen Jahren. In der Ergänzungsversicherung sehen wir nach wie vor Wachstumspotenzial. Die Zahn-Zusatzversicherung ist weiterhin ein Wachstumsmarkt. Um daran weiterhin entsprechend zu partizipieren, haben wir eine neue Produktlinie Zahn auf den Markt gebracht. Als wichtigen Wachstumsmarkt sehen wir insbesondere die betriebliche Krankenversicherung an.

In der Vollversicherung erwarten wir weiterhin Chancen im stabilen Beihilfemarkt. Unser Produktportfolio haben wir daher um einen leistungsstarken Beihilfeergänzungstarif ergänzt. In der Krankheitskostenvoll- und Ergänzungsversicherung prüfen wir laufend, welche Verbesserungspotenziale und neue Marktanforderungen bestehen.

In der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) erwarten wir in den nächsten Jahren weiterhin ein großes Wachstumspotenzial. Die Arbeitgeber stehen unverändert vor den personalpolitischen Herausforderungen, Mitarbeiter zu gewinnen und ans Unternehmen zu binden. Auch wird die Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter weiter im Fokus stehen. Wir konnten ab dem Jahr 2025 die Beiträge in unserem breiten Produktangebot in der bKV in vielen Bausteinen im Durchschnitt senken. In Kombination mit neuen vereinfachten Zeichnungskriterien bietet uns das im Wettbewerb am Markt für das aktuelle Jahr gute Chancen.

Wir nutzen die Potenziale der für uns tätigen Mitarbeiter und Vertriebspartner. Sie sichern unseren Erfolg mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement. Davon profitieren auch unsere Kunden. Ziel ist es, unser Qualitäts- und Leistungsniveau stetig auszubauen. Das eröffnet uns Chancen im Wettbewerb.

Den Trend der Digitalisierung haben wir – neben dem Ausbau unserer digitalen Services (z. B. Gesundheits-, Zahn- und Pflegewelt) – auch im Produktverkauf berücksichtigt und die Möglichkeiten für die Kunden sukzessive optimiert. Im Jahr 2025 wollen wir die Marktchancen in allen Vertriebs- und Abschlusswegen nutzen. Unsere Vertriebspartner vor Ort sowie unser Kundencenter können die Beratungs- und Verkaufsmöglichkeit über Telefon verstärkt nutzen. Unsere Kunden haben die Möglichkeit, je nach individuellem Bedarf, die Beratung und den Verkauf von fast allen Produkten direkt beim Vertriebspartner, im Internet oder bei ausgewählten Produkten telefonisch durchzuführen. Die Stärkung des Verkaufs über unterschiedliche Vertriebs- und Abschlusswege wird daher auch im Jahr 2025 weiterhin im Fokus stehen und uns Chancen eröffnen.

Munich Re hat für den Zeitraum 2021 bis 2025 ein konzernweites Strategieprogramm aufgesetzt – Munich Re Group Ambition 2025. Auch die DKV ist über die ERGO Group Teil dieses Programms.

Nachhaltigkeit bei ERGO

Versicherung ist ein langfristiges Geschäft: Wir versichern Menschen und Unternehmen für die Zukunft. Wir wollen langfristig Werte für unsere Aktionäre, Kunden, Arbeitnehmer und die Gesellschaft als solche schaffen. Dazu verfolgt die ERGO Group AG gemeinsam mit ihrer Muttergesellschaft Munich Re eine gruppenweite Nachhaltigkeitsstrategie.

Informationen zu den gruppenweiten Nachhaltigkeitszielen und Handlungsfeldern finden Sie im Konzerngeschäftsbericht von Munich Re. Die DKV ist in die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung im Konzerngeschäftsbericht von Munich Re einbezogen.

Als globaler Kapitalanleger ist sich die ERGO Group der Verantwortung für nachhaltiges Handeln bewusst und ist bestrebt, die Kapitalanlagen auf ein Netto-Null-Klimaziel auszurichten. In der Kapitalanlage wird Nachhaltigkeit berücksichtigt, insbesondere die Auswirkungen des Klimawandels. Wir betrachten das Thema Nachhaltigkeit ganzheitlich und integrieren deshalb wesentliche ökologische, soziale und Aspekte der Unternehmensführung (die sogenannten Environmental-, Social- und Governance-Aspekte) in unsere Anlageentscheidungen. Das bedeutet, über die klassische Finanzanalyse hinaus weitere Risiken und Chancen zu identifizieren. Wir sind überzeugt, dass dies zu langfristig verantwortlichen Investmententscheidungen führt. Unser Asset Manager MEAG verwendet jeweils mandatspezifisch festgelegte individuell definierte ESG-Kriterien bei Investmententscheidungen, u. a. durch die Nutzung von MSCI ESG-Ratings, standardisierten ESG-Kriterien oder Ausschlüssen.

Lagebericht

Prognosebericht

Wir beurteilen und erläutern die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft nach bestem Wissen. Hierzu gehören die wesentlichen Chancen und Risiken. Die heute zur Verfügung stehenden Erkenntnisse über Branchenaussichten berücksichtigen wir. Gleiches gilt auch für die erwarteten zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Um die Entwicklung zutreffend einschätzen zu können, analysieren wir deren Trends. Dabei nehmen wir auch ihre wesentlichen Einflussfaktoren in den Blick. Die genannten Grundlagen können sich in der Zukunft unerwartet verändern. Insgesamt können daher die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft und deren Ergebnisse wesentlich von den Prognosen abweichen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Kapitalmarktentwicklung

Die Weltwirtschaft dürfte 2025 ähnlich wie 2024 moderat wachsen. Wir erwarten weiterhin solides Wachstum in den USA, d. h. ähnliche Quartalswachstumsraten wie 2024. Zudem erwarten wir eine Fortsetzung der Erholung in der Eurozone, gestützt von einer allmählich stärker werdenden deutschen Konjunktur. Sowohl in den USA als auch in der Eurozone dürften geldpolitische Lockerung, niedrige Arbeitslosigkeit und kräftiges Lohnwachstum den privaten Konsum stützen. Wir gehen davon aus, dass die Inflation in Deutschland leicht zurückgeht. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte in der Eurozone das Zentralbankziel von 2 % erreicht werden⁹.

Infolge des weiterhin nachlassenden Inflationsdrucks werden die Zentralbanken im Jahr 2025 ihren Zinssenkungszyklus voraussichtlich zunächst fortsetzen. Die Fed dürfte dabei vorsichtiger vorgehen als die EZB, da das schwache Wachstumsumfeld in der Eurozone die Risiken auf der Inflationsseite reduzieren sollte. Der Druck für Anleiherenditen – insbesondere der Bundesanleihen und US-Staatsanleihen – nach oben dürfte in diesem Umfeld abnehmen. Gleichzeitig sprechen das solide Wachstumsumfeld in den USA bzw. die graduelle Verbesserung in der Eurozone in Kombination mit anhaltend hohen Fiskaldefiziten gegen einen nachhaltigen Zinsrückgang bei den Renditen von zehnjährigen Staatsanleihen.

Da die Zentralbanken die Leitzinsen weiter senken dürften und gleichzeitig das Wachstum nicht abbrechen sollte, sieht das fundamentale Umfeld für Aktienmärkte positiv aus. Allerdings haben sich die Bewertungen – aufgrund der guten Aktienmarktentwicklung in den letzten beiden Jahren – erhöht, wodurch das Risiko für zeitweise Rückschläge steigt. In Summe spricht dies für moderat steigende, aber volatile Aktienmärkte.

Die Entwicklung der globalen Wirtschaft und der Kapitalmärkte ist vielfältigen Risiken ausgesetzt. Eine Eskalation geopolitischer Konflikte könnte zu wirtschaftlichen Einbrüchen führen. Ein starker Anstieg der Energiepreise könnte das Wachstum beeinträchtigen und die Inflation wieder anfachen. Zusätzliche Unsicherheit für den Ausblick ergibt sich aus möglichen Änderungen der Politik der USA. Falls der Handelskrieg zwischen den USA und China eskaliert oder es zu einem Handelskrieg zwischen den USA und der EU kommen sollte, würde das globale Wachstum gedämpft werden.

⁹ Quelle: MEAG Research und Munich Re Economic Research

Die private Krankenversicherung im Jahr 2025

Der Gesamtverband der Versicherer (GDV) erwartet für das Jahr 2025 ein Beitragswachstum von rund 5,0 % über alle Sparten. Für die PKV rechnet der GDV mit einem voraussichtlichen Wachstum von etwa 7,5 %¹.

Die allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze stieg zum 1. Januar 2025 von 69.300 € auf 73.800 € pro Jahr. Sie wird grundsätzlich jährlich entlang der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter dynamisiert. Arbeitnehmer können sich dann frei für eine Versicherung in der privaten Krankenversicherung entscheiden, wenn ihr Einkommen die Jahresarbeitsentgeltgrenze überschreitet.

Mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz wurde eine Anpassung aller Leistungen der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 beschlossen. Die Leistungsbeträge stiegen jeweils um 4,5 %.

Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage

Vor dem Hintergrund der im Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Kapitalmarktentwicklung“ beschriebenen Risiken für das Jahr 2025 und deren möglicher Einflüsse auf unser Geschäft sowie auf die Kapitalmärkte besteht eine erhöhte Prognoseunsicherheit.

Der Vorsorgebedarf ist in Deutschland weiterhin hoch, auch weil die Bevölkerung immer älter wird. Wir erwarten insbesondere aus der betrieblichen Krankenversicherung Wachstumsimpulse, aber auch aus der Zahn-Zusatzversicherung.

Für das Jahr 2025 gehen wir von einem spürbaren Anstieg der Beitragseinnahmen aus. Sowohl die Aufwendungen für die Versicherungsfälle als auch die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb bewegen sich voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2024. Angesichts der Entwicklungen an den Kapitalmärkten, der globalen Wirtschaft und im geopolitischen Umfeld ist eine Prognose des Ergebnisses aus Kapitalanlagen für das Geschäftsjahr 2025 weiterhin schwierig. Die im Geschäftsjahr 2024 im Zuge der Entwicklung an den Kapitalmärkten erfolgten Zuschreibungen werden im nächsten Jahr nach unseren Erwartungen nicht erneut anfallen. Wir rechnen daher mit einem deutlichen Rückgang des Kapitalanlageergebnisses. Das Rohergebnis vor Steuern wird voraussichtlich steigen, was mit einem höheren Steueraufwand einhergeht. Nach einer deutlich erhöhten Überschussverwendung zugunsten unserer Kunden erwarten wir einen signifikanten Anstieg des Gesamtergebnisses.

Insgesamt sehen wir die DKV auch für das Jahr 2025 weiterhin auf einer guten wirtschaftlichen Basis.

Köln, 20. Februar 2025

Der Vorstand

¹ Vgl. GDV: Jahresmedienkonferenz 2025 vom 13. Februar 2025

Lagebericht

Betriebene Versicherungsarten

Originäres Geschäft

- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Krankenhaustagegeldversicherung
- Krankheitskostenteilversicherung
- Pflegepflichtversicherung
- Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung
- Geförderte ergänzende Pflegeversicherung

Besondere Versicherungsformen

- Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung
- Spezielle Ausschnittsversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung

Jahresabschluss

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite

	€	€	€	€	Vorjahr €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				8.301.493	8.706.196
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			486.193.332		341.418.260
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		3.244.166.359			2.634.179.183
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		1.560.912.693			1.310.912.693
3. Beteiligungen		227.496.871			230.665.710
			5.032.575.923		4.175.757.586
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		17.293.013.557			17.160.923.393
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		10.478.767.930			10.132.091.326
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		2.168.595.891			1.921.620.435
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	9.546.186.664				10.151.415.275
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.127.729.333				4.255.261.850
		13.673.915.996			14.406.677.125
5. Andere Kapitalanlagen		585.936.206			435.877.101
davon verbundene Unternehmen	585.936.205 (435.877.101) €				
			44.200.229.581		44.057.189.380
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			957.085		934.708
				49.719.955.921	48.575.299.934
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
Versicherungsnehmer			53.048.859		49.140.872
davon: Forderungen an verbundene Unternehmen:	167.000 (176.500) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			299.003		156.141
davon: Forderungen an verbundene Unternehmen:	34.761 (34.585) €				
III. Sonstige Forderungen			155.378.795		162.485.750
davon: Forderungen an verbundene Unternehmen:	123.781.573 (131.565.917) €				
				208.726.657	211.782.763
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			4.710.756		4.384.902
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			67.814.276		31.053.230
III. Andere Vermögensgegenstände			27.846		69.787
				72.552.878	35.507.919
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			314.335.373		335.209.702
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			104.027.628		139.549.394
				418.363.000	474.759.096
Summe der Aktiva				50.427.899.950	49.306.055.907

Passivseite

	€	€	€	Vorjahr €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		92.505.010		92.505.010
II. Kapitalrücklage		376.364.476		376.364.476
III. Gewinnrücklagen				
Gesetzliche Rücklage		664.679		664.679
			469.534.166	469.534.166
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
Bruttobetrag		6.067.599		5.778.700
II. Deckungsrückstellung				
Bruttobetrag		46.955.415.869		45.786.535.747
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
Bruttobetrag		1.186.240.649		1.112.850.384
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Erfolgsabhängige				
Bruttobetrag		1.273.836.197		1.444.296.893
2. Erfolgsunabhängige				
Bruttobetrag		30.044.288		40.092.140
			1.303.880.485	1.484.389.032
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
Bruttobetrag		21.028.502		23.800.244
			49.472.633.104	48.413.354.107
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		39.919.616		40.307.005
II. Steuerrückstellungen		51.643		51.643
III. Sonstige Rückstellungen		20.867.045		25.389.858
			60.838.304	65.748.506
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern		86.163.489		78.532.636
2. Versicherungsvermittlern		10		10
			86.163.499	78.532.645
II. Sonstige Verbindlichkeiten			328.973.936	265.860.107
davon:				
aus Steuern:	137.163	(112.713) €		
gegenüber verbundenen Unternehmen:	256.267.246	(206.419.971) €		
			415.137.435	344.392.752
E. Rechnungsabgrenzungsposten			9.756.942	13.026.377
Summe der Passiva			50.427.899.950	49.306.055.907

Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Die in der Bilanz zum 31. Dezember 2024 auszuweisende Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft ist gemäß § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet.

Köln, 13. Januar 2025

Reinhard Jerger

Bestätigung des Treuhänders

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 14. Januar 2025

Andreas Sadlowski

Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	€	€	€	Vorjahr €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		5.395.264.571		5.247.787.901
b) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		-288.899		-412.822
			5.394.975.672	5.247.375.079
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			349.097.444	522.463.643
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		20.370.774		8.518.623
davon: aus verbundenen Unternehmen:	19.287.441	(1.497.186) €		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen:	116.873.003	(80.066.413) €		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		55.617.478		70.542.806
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		1.264.876.034		1.182.775.789
			1.320.493.512	1.253.318.595
c) Erträge aus Zuschreibungen			173.942.435	152.018.835
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen			129.528.101	236.167.157
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen			121.314.917	80.152.018
			1.765.649.739	1.730.175.228
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			37.107.810	47.935.618
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
Bruttobetrag		4.912.087.557		4.492.051.641
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
Bruttobetrag		73.390.266		86.215.053
			4.985.477.823	4.578.266.694
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
Bruttobetrag		-1.168.880.122		-1.323.818.094
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-13.744		-26.667
			-1.168.893.866	-1.323.844.761
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) Erfolgsabhängige		299.043.428		658.159.941
b) Erfolgsunabhängige		17.879.520		23.010.946
			316.922.949	681.170.887

	€	€	€	Vorjahr €
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen		303.586.472		309.826.505
b) Verwaltungsaufwendungen		148.271.203		140.811.502
			451.857.675	450.638.007
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		84.702.454		77.186.326
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		144.790.676		194.546.461
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		52.393.666		6.962.560
			281.886.795	278.695.347
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			36.283.895	16.148.583
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			305.507.662	219.185.289
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		22.498.376		19.315.644
2. Sonstige Aufwendungen		85.072.442		88.085.837
			-62.574.066	-68.770.193
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			242.933.596	150.415.096
4. Außerordentliche Aufwendungen		2.593.880		2.591.263
5. Außerordentliches Ergebnis			-2.593.880	-2.591.263
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		100.579.274		-19.817.815
davon: Organschaftsumlage:	100.068.422	(-23.818.385) €		
7. Sonstige Steuern		1.960.443		2.641.648
			102.539.716	-17.176.167
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			137.800.000	165.000.000
9. Jahresüberschuss			-	-

Jahresabschluss

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeines

Die Bilanz haben wir unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt (§ 268 Abs. 1 HGB).

Wir weisen jede Zahl und Summe jeweils kaufmännisch gerundet aus.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände bewerten wir mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Diese sind um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert. Dabei legen wir die entsprechende voraussichtliche Nutzungsdauer zugrunde.

Kapitalanlagen

Wir haben die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Wenn sich ein beizulegender niedrigerer Wertansatz ergeben hat, so haben wir diesen berücksichtigt. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen haben wir mit den Anschaffungskosten bzw. mit den ihnen beizulegenden niedrigeren Wertansätzen bewertet. Abschreibungen haben wir gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Zeropapiere, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die übrigen Ausleihungen haben wir zu Anschaffungskosten bewertet. Liegt eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vor, so wird mit dem Zeitwert bewertet. Differenzbeträge zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag haben wir jährlich unter Anwendung der kapitalmarktabhängigen Effektivzinsmethode amortisiert. Bei Endfälligkeit entsprechen die Bilanzwerte den Nennwerten.

Die Namensschuldverschreibungen sind dagegen mit dem Nennbetrag bewertet. Agio- und Disagiobeträge

haben wir durch aktive und passive Rechnungsabgrenzung über die Laufzeit der Namensschuldverschreibungen verteilt. Abschreibungen nehmen wir gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB nach dem gemildertem Niederstwertprinzip vor.

Aktien, Anteile an Investmentvermögen, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere haben wir zu Anschaffungskosten angesetzt. Sie sind mit einem niedrigeren Börsenkurs, Rücknahmepreis beziehungsweise dem beizulegenden Wert oder einem entsprechenden Renditekurs bewertet, soweit die wie Anlagevermögen gehaltenen Wertpapiere einer dauerhaften und die wie Umlaufvermögen geführten Wertpapiere auch einer vorübergehenden Wertminderung unterliegen. Für die Berechnung des beizulegenden Werts von Anteilen an Spezial-Investmentvermögen folgen wir dem fachlichen Hinweis des IDW-Versicherungsfachausschusses zur handelsrechtlichen Bewertung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen nach § 341b HGB (IDW RS VFA 2). Der beizulegende Wert eines Anteilscheins an einem Spezialfonds ergibt sich zum Zeitpunkt der Abschreibung aus der Summe der im Rahmen der Durchschau ermittelten beizulegenden Werte seiner Vermögensgegenstände und Schulden, geteilt durch die Anzahl der Anteilscheine. Dieser beizulegende Wert wird um potenzielle Zugänge fortgeschrieben.

Bei Aktienbeständen gehen in die Ermittlung der beizulegenden Werte sowohl Ergebnisse von fundierten Analystenschätzungen als auch Marktwerte ein. Bei Rentenbeständen kommt als Vereinfachungsverfahren die Nominalwertmethode zum Einsatz, sofern die durchschnittlichen Anschaffungskosten der Schuldtitel im Fonds nicht über oder wesentlich unter den Nennwerten liegen. Ansonsten werden anstatt des Nominalwertes die fortgeführten Anschaffungskosten der Renten nach IFRS angesetzt. Liegt bei einem Rentenbestand eine dauerhafte Wertminderung aufgrund von Bonitätsproblemen des Emittenten vor, so wird der Marktwert als beizulegender Wert angesetzt. Wir haben von der Wahlmöglichkeit des § 341b Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht, nach dem die zur dauernden Vermögensanlage bestimmten Wertpapiere nach den für

Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden können.

Zuschreibungen haben wir gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB höchstens bis zu den (fortgeführten) Anschaffungskosten vorgenommen. Aus Vorsichtsgründen stellt der Marktwert die Obergrenze für unsere Zuschreibung dar. Liegt der Buchwert über dem Marktwert und unter dem beizulegenden Wert, erfolgt daher keine Zuschreibung.

Derivate haben wir grundsätzlich zu den Anschaffungskosten oder zu ihrem niedrigeren beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet. Ein Verpflichtungsüberhang wird durch die Bildung einer Drohverlustrückstellung berücksichtigt.

Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte haben wir die Marktwerte am Bilanzstichtag herangezogen. Sofern keine Börsenkurse vorliegen, ergibt sich der beizulegende Zeitwert nach marktkonformen Bewertungsmethoden.

Wir bilanzieren Swaps und Optionen zusammen mit den zugrunde liegenden Kapitalanlagen als Bewertungseinheit.

Die Bilanzierung der Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Innerhalb der Bewertungseinheiten wird die Verrechnung zwischen dem Grundgeschäft und dem Sicherungsgeschäft durchgeführt und die Bilanzwerte werden belassen.

Die Einlagen bei Kreditinstituten sowie die Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft haben wir mit den Nennwerten angesetzt.

Die anderen Kapitalanlagen haben wir zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB, nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Einlagen im Cash Pool haben wir zum Nennwert bilanziert.

Zeitwertermittlung

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

- Grundstücke und Anteile an Grundstücksgesellschaften haben wir mit dem Ertragswert der Grundstücke nach der aktuellen Immobilienwertermittlungsverordnung bewertet. Grundstücke, bei denen das Bauvorhaben noch nicht abge-

schlossen ist, haben wir zu Herstellungs- oder Anschaffungskosten bewertet. Die Bewertung erfolgte für alle Grundstücke einzeln zum 31. Dezember 2024.

- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen haben wir grundsätzlich nach einem Ertragswertverfahren/DCF-Verfahren oder mit dem anteiligen Eigenkapital bewertet. Das Ertragswertverfahren steht im Einklang mit dem IDW-Prüfungsstandard S1 unter Berücksichtigung des IDW-Rechnungslegungsstandards HFA 10. Beim Ansatz des anteiligen Eigenkapitals berücksichtigen wir teilweise Bewertungsreserven. In Einzelfällen verwenden wir den Börsenkurs.
- Aktien und Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere festverzinsliche sowie nicht festverzinsliche Wertpapiere haben wir mit dem Börsenkurs, dem Rücknahmepreis zum Jahresabschluss 2024 oder dem beizulegenden Zeitwert bewertet.
- Hypotheken, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie stille Beteiligungen und nicht börsenfähige Genussscheine haben wir auf der Grundlage adäquater Zinsstrukturkurven bewertet.
- Bei Rentenpapieren ohne Börsenmarktplatz zinsen wir die erwarteten Cashflows ab. Den Abzinsungssatz haben wir mittels Zinsstrukturkurve und risikoadäquater Zuschläge ermittelt. Ausgehend von der Euro-Swap-Kurve werden hierbei Spreads in Abhängigkeit von Emittent, Laufzeit und Rating zugeschlagen. Diese Spreads werden in Auskunftssystemen wie Bloomberg zur Verfügung gestellt und leiten sich aus beobachteten Transaktionen von Inhaberpapieren am Markt ab.
- Bei Rentenpapieren, die über einen Börsenplatz handelbar sind, haben wir die Marktpreise im Wesentlichen von einem Indexanbieter bezogen, der verschiedene Kursquellen zusammenfasst.
- Derivate haben wir mit dem Marktwert zum Bilanzstichtag bewertet.
- Den Bestand aus dem Cash Pooling weisen wir zum Nennwert aus.

Bei allen übrigen nicht einzeln erwähnten Kapitalanlagen entspricht der Zeitwert dem Buchwert.

Forderungen

Wir bilanzieren Forderungen grundsätzlich zum Nennwert, gegebenenfalls abzüglich geleisteter Tilgungen und unter Abzug von Einzelwertberichtigungen. Bei Forderungen an Versicherungsnehmer und an Mieter gibt es ein allgemeines Kreditrisiko. Hier nehmen wir pauschale Wertberichtigungen vor. Bei der Berechnung der Wertberichtigungen berücksichtigen wir im Notlagentarif versicherte Personen gesondert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die unter den Sachanlagen und Vorräten ausgewiesenen Gegenstände bewerten wir mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Diese haben wir um Abschreibungen gemindert.

Wir haben geringwertige Vermögensgegenstände im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Übrige Aktiva

Die nicht einzeln erwähnten Forderungen und Vermögensgegenstände bewerten wir mit den Anschaffungskosten bzw. dem Nennwert, erforderlichenfalls gemindert um Wertberichtigungen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Beitragsüberträge: Die Ermittlung der Beitragsüberträge erfolgt zeitanteilig. Die nicht übertragungsfähigen Beitragsteile haben wir in Abzug gebracht.

Deckungsrückstellung: Die Deckungsrückstellung haben wir einzelvertraglich nach der prospektiven Methode ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die technischen Berechnungsgrundlagen sowie § 341f HGB, § 149 VAG und § 150 VAG beachtet. Den Anteil aus dem Mitversicherungsvertrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV) teilte uns die Geschäftsführung der GPV mit.

In der Deckungsrückstellung berücksichtigten wir auch Übertragungswerte. Dabei handelt es sich um Teile der Alterungsrückstellung, die Versicherungsnehmer beim Wechsel zu einem anderen privaten Krankenversicherungsunternehmen mitnehmen können. Wir folgen bei der Bilanzierung der Übertragungswerte dem Vorschlag des PKV-Verbands.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle: Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ermittelten wir mithilfe eines Näherungsverfahrens. Dabei berücksichtigten wir die Schadenerfahrungen aus der Vergangenheit. Private Krankenversicherungsunternehmen erhalten auf der Grundlage des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes Rabatte auf verschreibungspflichtige Arzneimittel. Diese fließen mindernd bei der Ermittlung der Rückstellung ein. In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen enthalten. Diese wurde in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften ermittelt. Den Anteil aus dem Mitversicherungsgeschäft der GPV teilte uns die Geschäftsführung der GPV mit.

Für den Teilbetrag aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft übernehmen wir die Rückstellung gemäß den geprüften Angaben der Vorversicherer.

Wir ermittelten die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen – wenn möglich – nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. War dies nicht möglich, haben wir sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bemessen.

Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen und pensionsähnlichen Verpflichtungen ermitteln wir gemäß den Vorschriften nach § 246 Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 249 Abs. 1 und § 253 Abs. 2 HGB. Den Ansatz haben wir nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bestimmt. Die Berechnung der Rückstellungen haben wir nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) unter Anwendung der konzernspezifisch modifizierten „Heubeck Richttafel 2018 G“ vorgenommen. Zugrunde lagen ein Zinssatz von 1,90 %, ein Anwartschaftstrend von 0,00 % – 3,00 % und ein Rententrend von 2,00 %. Den geänderten Bewertungsvorschriften aufgrund von BilMoG haben wir Rechnung getragen. Hierbei haben wir das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, ausgeübt. Der noch nicht passivierte Restbetrag belief sich auf 0,0 Mio. €. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB betrug am Bilanzstichtag -0,3 Mio. €. Gemäß BMF-Schreiben vom 23. Dezember 2016 wird die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht als Abführungssperre berücksichtigt.

Die Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr setzen wir gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag an.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr bilanzieren wir gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag und diskontiert.

Übrige Passiva

Die nicht einzeln erwähnten Passivwerte haben wir – soweit bekannt – mit den Nominalbeträgen, ansonsten mit den erwarteten Erfüllungsbeträgen bewertet.

Latente Steuern

Es besteht gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organanschaft zur ERGO Group AG. Die ERGO Group AG als Organträgerin hat in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr aktive latente Steuern bilanziert.

Fremdwährungsumrechnung

Geschäftsvorfälle in Fremdwährung rechnen wir im Zugangszeitpunkt mit den gültigen Devisenkassamittelkursen um. Aktiva und Passiva, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, bewerten wir grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag.

Bilanzierungsstetigkeit

Soweit nicht anders erläutert, haben wir die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beibehalten.

Jahresabschluss

Anhang

Erläuterungen der Bilanz: Aktivseite

Entwicklung der Aktivposten A, B. I bis B. III im Geschäftsjahr 2024

Aktivposten	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte
	Vorjahr Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.706						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.706	-	-	-	-	405	8.301
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	341.418	166.204	-	7.853	626	14.201	486.193
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.634.179	618.570	-	3.648	166	5.100	3.244.166
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.310.913	250.000	-	-	-	-	1.560.913
3. Beteiligungen	230.666	5.651	-	-	-	8.820	227.497
4. Summe B II.	4.175.758	874.221	-	3.648	166	13.920	5.032.576
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17.160.923	1.588.087	-	1.512.478	173.151	116.669	17.293.014
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.132.091	1.067.637	-	720.961	-	-	10.478.768
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.921.620	336.619	-	89.643	-	-	2.168.596
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	10.151.415	454.296	-	1.059.525	-	-	9.546.187
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.255.262	394.925	-	522.458	-	-	4.127.729
5. Andere Kapitalanlagen	435.877	8.566.229	-	8.416.170	-	-	585.936
6. Summe B. III	44.057.189	12.407.793	-	12.321.234	173.151	116.669	44.200.230
Insgesamt	48.583.071	13.448.217	-	12.332.735	173.942	145.195	49.727.300

B. Kapitalanlagen

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Wert der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken beträgt insgesamt 486,2 Mio. €. Vom Versicherungsunternehmen genutzte eigene Grundstücke befinden sich nicht darunter.

II. Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Anteilsbesitzliste befindet sich unter den sonstigen Angaben im Anhang.

III. 5. Andere Kapitalanlagen

Die anderen Kapitalanlagen betreffen ausschließlich Anlagen im Rahmen des Cash Managements in Höhe von 586,0 Mio. €.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	Bilanzwert	Zeitwert	Bewertungs- differenz
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	486,2	957,7	471,5
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.244,2	4.068,7	824,6
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.560,9	1.606,0	45,1
3. Beteiligungen	227,5	460,1	232,6
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17.293,0	16.934,1	-358,9
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.478,8	9.518,3	-960,4
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.168,6	1.934,6	-234,0
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen ¹	9.645,0	8.928,5	-716,5
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.127,7	3.954,2	-173,6
5. Andere Kapitalanlagen	585,9	585,9	-
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	1,0	1,0	-
Insgesamt¹	49.818,8	48.949,1	-869,7

¹ Bilanzwerte unter Berücksichtigung von Agio/Disagio

In den oben genannten Angaben sind Wertpapiere, die der dauernden Vermögensanlage dienen, mit einem Zeitwert von 26.481,4 Mio. € und einem Bilanzwert von 27.801,8 Mio. € enthalten.

Die Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden alle im Geschäftsjahr 2024 ermittelt.

Anteile an inländischen Investmentvermögen

	Marktwert	Buchwert	Differenz	Im Geschäftsjahr erhaltene Ausschüttungen
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Die Gesellschaft hält am 31. Dezember 2024 bei mehreren inländischen und ausländischen Investmentfonds Anteile von mehr als 10 %:				
Aktienfonds	2.210,7	2.209,9	0,8	2,4
MEAG PREMIUM	2.206,7	2.206,7	-	2,3
MEAG Dividende I	4,0	3,2	0,8	0,1
Rentenfonds	12.940,6	13.356,2	-415,7	425,7
MEAG HBG 1	2.466,5	2.564,9	-98,4	109,3
MEAG IREN	3.440,5	3.701,2	-260,8	110,3
MEAG RenditePlus	5.358,1	5.400,3	-42,1	148,1
MEAG Ambition	1.353,7	1.375,9	-22,3	48,1
MEAG NOVUS	208,0	206,3	1,7	1,3
FVV Select AMI	10,6	7,6	3,1	0,2
Polus Investment Funds ICAV	103,1	100,0	3,1	8,4
Immobilienfonds	1.749,7	1.700,5	49,3	28,7
OIK-Fonds Mediclin	245,4	196,4	49,1	14,8
MEAG Property Fund I	1.421,3	1.421,3	-	10,2
ERGO Trust Logistikfonds Nr. 1	2,3	2,1	0,2	-
MEAG European Prime Opportunities	80,7	80,7	0,0	3,6

Unterbliebene Abschreibungen auf Finanzinstrumente

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht durchgeführt, sofern die Wertminderungen nur von vorübergehender Dauer waren. Dies betraf die folgenden zu den Finanzanlagen gehörenden Finanzinstrumente:

	Bilanzwert	Zeitwert	Bewertungsdifferenz
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Rentenspezialfonds	13.042,3	12.618,8	-423,5
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.664,3	7.670,2	-994,0
Namenschuldverschreibungen	4.840,5	4.066,7	-773,8
Schuldscheindarlehen	2.417,4	2.196,4	-221,0
Insgesamt	28.964,5	26.552,2	-2.412,3

Für Rentenspezialfonds und Inhaberschuldverschreibungen haben wir aufgrund des gemilderten Niederwertprinzips Abschreibungen wegen nur vorübergehender Wertminderung nicht vorgenommen. Die Wertminderung ist von vorübergehender Dauer, weil der Buchwert einem dauerhaft beizulegenden Wert entspricht, der auf der Meinung einer Mehrzahl unabhängiger externer Analysten beruht (MEAG-Verfahren).

Bei Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen ist die Wertminderung von vorübergehender Dauer, da diese mit ihrem Nominalbetrag zurückgezahlt werden. Wertänderungen beruhen bei diesen Wertpapieren auf Zinsänderungen. Bonitätsbedingte Änderungen liegen nicht vor.

Derivative Finanzinstrumente

Art	Bilanzposition	Bilanzwert Mio. €	Zeitwert Mio. €	Nominalwert Mio. €
Zinsrisiken	C. III. Sonstige Rückstellungen			
Swaps		-	-4,9	90,0
Vorkauf Darlehen (Interest Rate)		-	-0,3	20,0
Vorkauf Darlehen (Infrastruktur)		-	-4,8	194,3
Insgesamt		0,0	-10,0	304,3

Im Geschäftsjahr 2024 bestanden im Rahmen der Absicherung gegen Zinsschwankungen Zins-Swaps. Wir haben jeweils eine Bewertungseinheit gebildet.

Bewertungseinheiten

Am Bilanzstichtag bestanden die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Mikrosicherungsbeziehungen:

Grundgeschäft	Absicherungsgeschäft/Höhe des abgesicherten Risikos	Art des Risikos	Methode zur Messung der Effektivität
Schuldscheine/Namenspfandbriefe Nominalvolumen: 90.000 Tsd. € Laufzeiten bis 2036	Receiver Swaps Nominalvolumen: 90.000 Tsd. € Abgesichertes Risikovolumen: 0 € Laufzeiten bis 2036	Zinsänderungsrisiko	Dollar Offset hypothetische Derivate-Methode

E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Das zeit- und kapitalanteilig ermittelte Agio auf Ausleihungen (Aktivposten B. III. 4) beträgt 103,9 Mio. €.

F. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB beträgt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände, die verrechnet werden, 912 Tsd. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt 1.087 Tsd. €.

Entsprechend werden in der Gewinn- und Verlustrechnung die Aufwendungen (17 Tsd. €) und die Erträge (23 Tsd. €), die aus den Vermögensgegenständen und Schulden resultieren, verrechnet.

Der aus individuellen Überdeckungen einzelner Verpflichtungen resultierende Saldo aus der Vermögensverrechnung wird – unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Beträge aus der Anwendung des BilMoG – als Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung gemäß § 266 Abs. 2 HGB ausgewiesen und beträgt 0 €.

Jahresabschluss

Anhang

Erläuterungen der Bilanz: Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt am Bilanzstichtag 92.505.010 € und ist eingeteilt in 36.184.815 vinkulierte Namensaktien.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 1.186 Mio. € (Bruttobetrag). Aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung ergab sich ein Verlust in Höhe von 50 Mio. € (ohne Regulierungsaufwendungen).

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	
	Aus der PPV ¹	Sonstiges	Beitrag gemäß § 150 (4) VAG	Sonstiges
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Bilanzwerte Vorjahr	262.951 (196.193)	1.181.346	13.954	26.138
2. Entnahme zur Verrechnung	37.974 (28.152)	299.366	7.579	4.178
3. Entnahme zur Barausschüttung	-	132.164	-	16.170
4. Zuführung	150.922 (116.309)	148.121	4.030	13.849
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	375.898 (284.350)	897.938	10.405	19.639
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahrs gemäß § 150 VAG				222.111

¹ Anteil der poolabhängigen erfolgsabhängigen RfB PPV jeweils in Klammern

Die erfolgsunabhängige RfB gemäß § 150 Abs. 4 VAG dient der Beitragsermäßigung oder der Vermeidung beziehungsweise der Begrenzung von Beitragserhöhungen für Versicherte ab dem 65. Lebensjahr.

In der sonstigen erfolgsunabhängigen RfB sind insbesondere die Mittel für garantierte Beitragsrückerstattungen enthalten. Die poolrelevante RfB haben wir gemäß dem Poolvertrag gebildet.

III. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entfallen zu einem großen Teil auf Rückstellungen für Prozesskosten. Darüber hinaus betreffen Rückstellungen u. a. noch nicht in Rechnung gestellte, aber bereits erhaltene Leistungen sowie die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wird das zeit- und kapitalanteilig ermittelte Disagio auf Ausleihungen (Aktivposten B. III. 4) in Höhe von 5.087 Tsd. € ausgewiesen.

Jahresabschluss

Anhang

Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. a) Gebuchte Bruttobeiträge¹

	2024 Tsd. €	2023 Tsd. €
Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft:		
Einzelversicherungen	4.162.334	4.059.366
Gruppenversicherungen	1.223.842	1.183.917
	5.386.176	5.243.282
Originäres Geschäft		
Krankheitskostenvollversicherung	3.287.075	3.172.675
Krankentagegeldversicherung	145.023	152.950
Krankenhaustagegeldversicherung	68.612	70.140
Krankheitskostenteilversicherung	941.846	932.586
Pflegepflichtversicherung	630.773	611.531
davon GPV	20.920	19.215
Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung	271.246	261.657
Geförderte ergänzende Pflegeversicherung	15.525	15.859
	5.360.099	5.217.397
Besondere Versicherungsformen		
Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung	6.522	6.998
Spezielle Ausschnittsversicherung	757	783
Auslandsreisekrankenversicherung	18.798	18.104
	26.077	25.885
Summe	5.386.176	5.243.282
davon Beitragszuschlag nach § 149 VAG	63.056	72.873
Beiträge aus dem übernommenen Versicherungsgeschäft	9.089	4.506
Beiträge insgesamt	5.395.265	5.247.788

¹ Zuordnung gemäß dem Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2024 Tsd. €	2023 Tsd. €
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Einzelversicherungen	242.928	434.902
Gruppenversicherungen	94.412	73.938
	337.340	508.840
Originäres Geschäft		
Krankheitskostenvollversicherung	294.182	269.457
Krankentagegeldversicherung	2.974	343
Krankenhaustagegeldversicherung	-	42
Krankheitskostenteilversicherung	1.345	12.197
Pflegepflichtversicherung	37.974	223.667
Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung	864	3.134
Geförderte ergänzende Pflegeversicherung	-	-
	337.340	508.840
Besondere Versicherungsformen		
Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung	0	-
Summe	337.340	508.840
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	11.758	13.624
davon aus der erfolgsunabhängigen Beitragsrückerstattung gemäß § 150 Abs. 4 VAG	7.579	11.840

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB betragen 130,6 Mio. €.

4. und 10. Sonstiges versicherungstechnisches Ergebnis (brutto)

Das sonstige versicherungstechnische Bruttoergebnis beläuft sich auf 824 Tsd. € zu unseren Gunsten. Darin ist ein negativer Saldo aus abgegebenen und empfangenen Übertragungswerten in Höhe von 21.239 Tsd. € enthalten. Zudem sind hier vor allem das Ergebnis aus dem Beitrags- und Leistungsausgleich gemäß dem PPV-Poolvertrag und Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Auflösung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge belaufen sich auf 22.498 (19.316) Tsd. €. Der Anstieg beruht hauptsächlich auf der Auflösung von nichtversicherungstechnischen Rückstellungen sowie dem Rückgang an Erträgen aus Erstattungen für Dienstleistungen.

2. Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen in Höhe von 85.072 (88.086) Tsd. € sind Aufwendungen aus Währungs-kursverlusten in Höhe von 1.098 Tsd. € sowie Aufwen-dungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellun-gen und Restrukturierungsverbindlichkeiten in Höhe von 1.065 Tsd. € enthalten.

5. Außerordentliche Aufwendungen

Wir weisen unter dieser Position 2.594 Tsd. € aus. Dies betrifft die in Ausübung des Wahlrechts gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB über 15 Jahre zu verteilenden Zuführun-gen zu den Pensionsrückstellungen. Dies erfolgt letzt-malig im Geschäftsjahr 2024.

Jahresabschluss

Anhang

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die ERGO Group AG hat mit unserer Gesellschaft den Schuldbeitritt zu Pensionszusagen vereinbart. Sie bilanziert die dafür von uns erhaltenen Deckungsmittel sowie die Pensionsrückstellungen und erfüllt im Außenverhältnis sämtliche Pensionsverpflichtungen. Daraus bestanden am 31. Dezember 2024 gesamtschuldnerische Haftungen von 57.273 Tsd. €. Die gesamtschuldnerische Haftung realisiert sich in dem Fall, dass die ERGO Group AG als Gesamtschuldner aus Unvermögen zur Leistung an die Berechtigten ausfällt. Bei der ERGO Group AG handelt es sich um eine Finanzdienstleistungsholding, die aufgrund eigener Kapitalstärke von unabhängigen Ratingagenturen jeweils mit – für eine Holdinggesellschaft – sehr guten Ratings bewertet wird (zum Beispiel Fitch: AA-, S&P: A+). Das Risiko einer gesamtschuldnerischen Haftung wird vor diesem Hintergrund nicht gesehen.

Die Gesellschaft hat ihren Mitarbeitern mittelbare Pensionszusagen erteilt. Im Rahmen des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB bildet die Gesellschaft hierfür keine Rückstellungen. Der Erfüllungsbetrag der nicht kongruent rückgedeckten Rentenerhöhungen aus diesen Versorgungsverpflichtungen beträgt zum Bilanzstichtag 187 Tsd. €.

Aufgrund des § 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Demnach ergibt sich eine maximale Zahlungsverpflichtung von 98.943 Tsd. €. Verpflichtungen treffen die DKV nur, wenn Versicherungsverträge unter den Schutz des Sicherungsfonds gestellt werden. Bisher ist eine entsprechende Inanspruchnahme des Sicherungsfonds zum Schutz von Krankenversicherungsvertragsbeteiligten auf dem deutschen Krankenversicherungsmarkt noch nie eingetreten und es gibt in der Branche aktuell keine Anzeichen für einen drohenden Sicherungsfall. Bevor der Sicherungsfonds gemäß dem VAG eingreift, würden ohnehin bestehende Marktme-

chanismen dazu führen, dass der betroffene Krankenversicherungsbestand mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von einem Marktteilnehmer übernommen wird. Das Risiko einer Inanspruchnahme der DKV wird vor diesem Hintergrund nicht gesehen.

Unsere Gesellschaft hat eine Garantieerklärung im Zusammenhang mit ihrem Beteiligungsengagement abgegeben. Diese beläuft sich auf 1.287 Tsd. € und betrifft verbundene Unternehmen. Die Garantie war nicht zu passivieren, da die zugrunde liegende Verbindlichkeit durch die betroffenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden kann bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Es bestehen Einzahlungsverpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich von 37.065 Tsd. €.

Im Bereich der Kapitalanlagen bestehen Abnahmeverpflichtungen für mehrere Multitranchen-Anleihen in Höhe von 574 Mio. € sowie aus Infrastrukturanleihen in Höhe von 194 Mio. €.

Es bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus Hypotheken in Höhe von 1.876 Tsd. €.

Die Gesellschaft hat für vormals ausschließlich in ihrem Auftrag und aktuell im Auftrag der ERGO Beratung und Vertrieb AG tätige Versicherungsvermittler die uneingeschränkte Haftung aus der Vermittlung ihrer Versicherungsprodukte übernommen. In diesem Zusammenhang besteht das Risiko einer Inanspruchnahme. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sehen wir als gering an.

Die sonstigen Verpflichtungen aus Verträgen im Zusammenhang mit dem Grundvermögen (Grundstücksverwaltung, Grundstücksaufwand und sonstige Dienstleistungen) belaufen sich auf 510 Tsd. €. Die Verpflichtungen aus den Verträgen werden bis zum Ende des Jahres 2025 erfüllt sein.

Insgesamt weisen wir aus den oben genannten Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen 33.927 Tsd. € aus.

Es bestehen Risiken aus möglichen rechtlichen Auseinandersetzungen in Höhe von 1.020 Tsd.€.

Regelungen zur Globalen Mindestbesteuerung

Zur einheitlichen Umsetzung von Regelungen zur Globalen Mindestbesteuerung innerhalb der Europäischen Union haben sich die EU-Mitgliedstaaten am 15. Dezember 2022 auf eine gemeinsame Richtlinie geeinigt. Diese Richtlinie musste bis zum 31. Dezember 2023 in nationales Recht umgesetzt werden. In Deutschland traten diese Regelungen durch das Mindeststeuergesetz (MinStG) zum 1. Januar 2024 in Kraft.

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG in München (Munich Re) ist als oberste Muttergesellschaft zur Abgabe einer Steuererklärung in Deutschland und zur Entrichtung der sich ergebenden Ergänzungssteuern verpflichtet, die sich aus unzureichender Besteuerung von Konzerngesellschaften im Sinne des MinStG ergeben. Für die DKV fällt keine Ergänzungssteuer an.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen¹

	2024	2024 Veränderung %	2023
Vollversicherungen	666.346	-2,4	682.475
Ergänzungsversicherungen	3.636.994	0,8	3.606.776
davon Ergänzungsversicherungen ohne GPV	(3.598.091)	(0,9)	(3.565.382)
	4.303.340	0,3	4.289.251
Originäres Geschäft			
Krankheitskostenvollversicherung	666.346	-2,4	682.475
Krankentagegeldversicherung	334.337	-4,4	349.722
Krankenhaustagegeldversicherung	1.095.060	-1,9	1.116.276
Krankheitskostenteilversicherung	2.912.174	2,0	2.853.795
Pflegepflichtversicherung	703.843	-2,5	721.758
davon GPV	(38.903)	(-6,0)	(41.394)
Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung	374.058	-1,7	380.569
Geförderte ergänzende Pflegeversicherung	27.786	-1,6	28.234
Insgesamt²	4.303.340	0,3	4.289.251
Besondere Versicherungsformen			
Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung	8.527	-3,0	8.790
Spezielle Ausschnittsversicherung	3.587	-4,4	3.754
Auslandsreisekrankenversicherung	1.385.096	-0,3	1.388.950

¹ Zählweise gemäß dem Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands

² Bedingt durch die Mehrfachnennung natürlicher Personen in den einzelnen Rubriken ist die tatsächliche Anzahl versicherter natürlicher Personen niedriger als die Summe über die Versicherungsarten.

Mitarbeiterbezogene Angaben

Eigene Mitarbeiter beschäftigt die DKV nicht.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2024	2023
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvermittler im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-	-
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-78	113
3. Löhne und Gehälter	1.092	1.018
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.179	2.146
5. Aufwendungen für Altersversorgung	905	1.638
6. insgesamt	4.098	4.916

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024 wurden den Mitgliedern des Vorstands Bezüge in Höhe von 1.177 Tsd. € gewährt. Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat betragen 21 Tsd. €.

Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten von der Gesellschaft 1.255 Tsd. €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften für diesen Personenkreis hat die ERGO Group AG Pensionsrückstellungen in Höhe von 20.560 Tsd. € bilanziert. Für diesen Betrag haftet unsere Gesellschaft mit.

Die Rückstellungen für Beitragsnachlässe der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen betragen 559 Tsd. €.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen befreit im Konzernabschluss der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG in München.

Gesellschaftsorgane

Aufsichtsrat

Theodoros Kokkalas (bis 31. Dezember 2024)

Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands der ERGO International AG

Dr. Oliver Willmes (seit 1. Januar 2025)

Vorsitzender (seit 10. Januar 2025)
Vorsitzender des Vorstands der ERGO Deutschland AG

Silke Lautenschläger (bis 31. Januar 2025)

stellv. Vorsitzende (bis 29. April 2024)
Mitglied des Vorstands der ERGO International AG
(bis 31. Dezember 2022)

Vorstand

Frauke Fiegl

Vorsitzende
Ressort Zentralaufgaben, Aktuariat, Ergänzungs- und Vollversicherung
Aktuariat
Strategie und Gesundheitspolitik
Auslandsreisekrankenversicherung
Beteiligungen
Aufsichtsbehörden
Datenschutz
Revision (Ausgliederungsbeauftragte)
Produktmanagement Ergänzungsversicherung
Produktmanagement Vollversicherung
Versicherungsmathematische Funktion (Ausgliederungsbeauftragte)
Competence Center Provider Management (kommissarische Leitung) (bis 29. Februar 2024)

Nina Henschel

Ressort Partnervertriebe und Kollektivgeschäft Gesundheit
Firmen-/Verbandsgeschäft und Vertriebskoordination Gesundheit
VD Makler, Pool & Finanzvertriebe Gesundheit
Vertriebsdirektion DKV Kooperationen

Edward Ler (seit 1. Januar 2024)

stellv. Vorsitzender (seit 3. Mai 2024)
Mitglied des Vorstands der ERGO Group AG

Ruth Verstraete (seit 1. Februar 2025)

Chief Executive Officer der DKV Belgium S.A./N.V.

Christoph Klawunn

Ressort Kundenservice
Betrieb Gesundheit
Kundenservice Leistung Gesundheit
Kundenservice Leistung Gesundheit Spezial
Compliance (Ausgliederungsbeauftragter und verantwortliche Person für das Geldwäsche-Risikomanagement)
DKV Pflegedienste & Residenzen, goDentis
(seit 1. März 2024)

Heiko Stüber

Ressort Chief Financial Officer (CFO)
Rechnungslegung
Controlling
Steuern
Risikomanagement (Ausgliederungsbeauftragter)
Credit- und Cashmanagement

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Gesellschaft	%-Anteil am Kapital unmit- telbar	%-Anteil am Kapital mittel- bar	Eigenkapital ¹ in €	Jahresergeb- nis ¹ in €
Inland				
Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH & Co. KG, Bonn		1,64	-	-82.320.000
Autobahn Tank & Rast Management GmbH, Bonn		1,64	48.082	3.000
Battery Park Metelen GmbH, München ³		100,00	25.000	-
Bionic General Partner GmbH, Frankfurt am Main		5,93	22.539	-2.461
Bionic GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main		5,93	353.742.928	-191.489
DKV Erste Real Estate GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00		242.906.756	-212.574
DKV Zweite Real Estate GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00		123.609.740	-140.260
DKV Pflegedienste & Residenzen GmbH, Köln	100,00		5.458.755	-669.650
DKV-Residenz am Tibusplatz GmbH, Münster		100,00	1.433.786	-429.225
DKV-Residenz in der Contrescarpe GmbH, Bremen		100,00	-268.469	-62.375
Earlybird DWES Fund VII GmbH & Co. KG, München		8,57	155.422.439	-42.137.186
Earlybird DWES Fund VIII GmbH & Co. KG, München ³		4,00	300.000.000	-
ERGO Infrastructure Investment Gesundheit GmbH, Düsseldorf	100,00		7.338.573	-2.963.173
ERGO Private Capital Dritte GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00		100.838.218	-9.232.144
ERGO Private Capital Gesundheit GmbH, Düsseldorf ⁴	100,00		2.145.000.000	-
GBG Vogelsanger Straße GmbH, Köln	94,78		217.313	183.566
goDentis - Gesellschaft für Innovation in der Zahnheilkunde mbH, Köln	100,00		2.344.600	165.925
heal.capital I GmbH & Co. KG, Berlin	14,90		46.260.951	-5.248.035
MEDICLIN Aktiengesellschaft, Offenburg	11,81		319.891.046	11.594.628
miCura Pflegedienste Bremen GmbH, Bremen ⁵		100,00	75.000	-
miCura Pflegedienste Düsseldorf GmbH, Düsseldorf ⁵		100,00	158.804	-
miCura Pflegedienste Hamburg GmbH, Hamburg		100,00	-150.880	-83.972
miCura Pflegedienste Krefeld GmbH, Krefeld ⁵		100,00	91.039	-
miCura Pflegedienste München/Dachau GmbH, Dachau		51,00	215.509	-14.491
miCura Pflegedienste Münster GmbH, Münster ⁵		100,00	25.000	-
miCura Pflegedienste Nürnberg GmbH, Nürnberg		51,00	628.768	93.438
Open German Fiber GmbH & Co. KG, Berlin		24,86	34.576.992	-116.396
Open German Fiber Management GmbH, Berlin		25,00	31.310	6.724
Sana Kliniken AG, München	22,57		723.717.559	68.210.440
T&R MLP GmbH, Bonn		1,64	28.768	-
T&R Real Estate GmbH, Bonn		1,64	140.834.624	-24.140
welivit Solarfonds GmbH & Co. KG, Düsseldorf ⁶	50,00		12.708.814	1.235.560
Ausland²				
Äkräs Silva Oy, Helsinki ³		100,00	-	-
Cardea Silva I LP, Wilmington, Delaware		100,00	174.965.088	-21.861
Carthage GP LLC, Wilmington, Delaware ³		100,00	24.143	-
FREE MOUNTAIN SYSTEMS S.L., Madrid		28,00	107.469.733	4.074.537,00
IAE-2 HoldCo 3 Limited, London		16,18	318.124.965	14.124.965,00
Mielikki Silva Ky, Helsinki		100,00	45.029.222	467.292,00
Optimus Tower Holding GmbH, Wien ³		12,80	10.000	-
Sala GP LLC, Wilmington, Delaware		100,00	37.200	-4.343
Saline Silva LP, Wilmington, Delaware		100,00	196.362.753	20.505.251,00
Toledo Silva I LP, Wilmington, Delaware ³		100,00	243.843.554	-
TS Louisiana II LP, Wilmington, Delaware ³		100,00	117.840.562	-
TS Louisiana I LP, Wilmington, Delaware ³		100,00	117.840.493	-
TS Texas II LP, Wilmington, Delaware ³		100,00	122.160.812	-
TS Texas I LP, Wilmington, Delaware ³		100,00	122.160.743	-
Vier Gas Investments S.à r.l., Luxemburg		16,92	135.538.107	22.518.898
Wind Fund I AS, Oslo		11,30	135.023.063	3.081.421

¹ Die Angaben beziehen sich auf den letzten verfügbaren Jahresabschluss.² Die Fremdwährungsbeträge des Ergebnisses wurden mit dem Jahresdurchschnittskurs und das Eigenkapital zum Jahresendkurs umgerechnet.³ Gründung bzw. Zugang im Jahr 2024, daher nur Ausweis des Grundkapitals⁴ Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit DKV Deutsche Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Köln.⁵ Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit DKV Pflegedienste & Residenzen GmbH, Köln.⁶ Abweichendes Stimmrecht: 44,44%

Gruppenzugehörigkeit

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG mit Sitz in der Aachener Str. 300, 50933 Köln wird in Köln beim Amtsgericht unter der Handelsregisternummer HRB 570 geführt.

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Deutschland AG, die wiederum eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Group AG ist. Die Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 4 AktG liegen vor.

Der Jahresabschluss unserer Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Münchener Rückversicherungs-

Gesellschaft AG in München (Munich Re), München, zum 31. Dezember 2024 einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten und zugleich kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt.

Der Konzernabschluss und -lagebericht der Munich Re sind über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich. Daneben sind sie auf der Internetseite der Munich Re verfügbar. Somit liegen die Voraussetzungen zur Befreiung unserer Gesellschaft von der Konzernrechnungslegungspflicht vor.

Köln, 20. Februar 2025

Der Vorstand



Frauke Fiegl



Nina Henschel



Christoph Klawunn



Heiko Stüber

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DKV Deutsche Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DKV Deutsche Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DKV Deutsche Krankenversicherung Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

Bewertung bestimmter nicht notierter Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt:

Der Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft enthält nicht notierte Kapitalanlagen, die sich vor allem aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen zusammensetzen. Die Bewertung erfolgt dabei nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341b Abs. 1 Satz 2 HGB bzw. § 341c Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 255 Abs. 3 HGB. Daher werden sie entweder mit ihren Nominalwerten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten oder – im Falle einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung – mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Die Bewertung dieser Kapitalanlagen erfolgt unter Anwendung von finanzmathematischen Bewertungsverfahren. Die Ermittlung der Zeitwerte wird unter Ableitung der bewertungsrelevanten Faktoren (vor allem Zinsstrukturkurven und Spreads) aus im Wesentlichen von am Markt beobachtbaren Parametern vorgenommen und enthält Schätzungen und Annahmen. Geringfügige Änderungen der Annahmen sowie der verwendeten Verfahren können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der genannten Kapitalanlagen haben.

Ferner übt der Vorstand der Gesellschaft Ermessensspielräume bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sowohl bei notierten als auch nicht notierten Kapitalanlagen aus, soweit sie wie Anlagevermögen bewertet werden. Dies betrifft neben den Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen auch solche Anteile an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die vom Vorstand der Gesellschaft nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Dabei ist insbesondere die Bestimmung des beizulegenden Wertes bei Spezialfonds aufgrund der Kapitalmarktentwicklungen mit höherer Unsicherheit behaftet.

Aufgrund der Schätzungen und Annahmen bei der Ableitung der bewertungsrelevanten Parameter sowie der Sensitivität der Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen auf diese Parameter (vor allem Zinsstrukturkurven und Spreads)

besteht ein Risiko einer fehlerhaften Bewertung. Zudem besteht das Risiko, dass das bei der Bestimmung des beizulegenden Wertes bestehende Ermessen fehlerhaft ausgeübt wird. Daraus und aus der unsicheren volkswirtschaftlichen Gesamtlage resultiert das Risiko, dass eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen nicht erkannt und eine notwendige Zu- und Abschreibung nicht oder nicht in vollem Umfang erfasst wird. Da die genannten Kapitalanlagen zudem einen bedeutenden Anteil am gesamten Kapitalanlagenbestand ausmachen und daraus ein Risiko wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss resultiert, handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen:

Unsere Prüfung der Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie der Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen haben wir im Wesentlichen wie folgt durchgeführt:

- Wir haben uns mit den von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft eingerichteten Prozessen zur Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, zur Bestimmung des beizulegenden Wertes von Anteilen an Spezialfonds sowie zur Identifikation voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen von wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen befasst. Dabei haben wir die in den Prozessen identifizierten Kontrollen getestet.
- Wir haben die für die Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen angewandten Bewertungsmodelle methodisch nachvollzogen.
- Wir haben eigene Berechnungen der Zeitwerte unter Verwendung unabhängig bestimmter bewertungsrelevanter Parameter (Zinsstrukturkurve und Spreads) für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe an Namensschuldverschreibungen und an Schuldscheindarlehen durchgeführt. Die Ergebnisse haben wir mit den Bewertungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verglichen.
- Des Weiteren haben wir die vom Vorstand der Gesellschaft definierten Kriterien zur Identifizierung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung darauf beurteilt, ob sie im Einklang mit den berufsständischen Vorgaben des IDW sind.

- Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe der wie Anlagevermögen bewerteten Anteile an Spezialfonds mit stillen Lasten durch aussagebezogene Prüfungshandlungen nachvollzogen, dass der beizulegende Wert im Einklang mit den berufsständischen Vorgaben des IDW ermittelt worden ist.
- Für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen mit stillen Lasten haben wir die Einschätzung des Vorstands der Gesellschaft zur Dauerhaftigkeit von Wertminderungen nachvollzogen und unter Berücksichtigung der festgelegten Kriterien gewürdigt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Finanzmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung bestimmter nicht notierter Kapitalanlagen und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben:

Die Angaben zur Bewertung der nicht notierten Kapitalanlagen (einschließlich Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen) und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen sind im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs enthalten.

Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt:

Die Ermittlung der Brutto-Deckungsrückstellung erfolgt grundsätzlich einzelvertraglich auf Basis der prospektiven Methode nach § 341f HGB sowie § 25 RechVersV und setzt sich zusammen aus der tariflichen Alterungsrückstellung und den angesammelten Mitteln aus der Direktgutschrift gemäß § 150 VAG sowie der Rückstellung für den gesetzlichen Zuschlag nach § 149 VAG.

Die Berechnung der Alterungsrückstellungen wird tarifabhängig unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen mit verschiedenen maschinellen und manuellen Berechnungsschritten vorgenommen und enthält diverse Annahmen zur Biometrie (unter anderem Krankheits-, Invaliditäts- und Pflegeaufwand sowie Sterblichkeit und Storno), zu den Kosten und zur Verzinsung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Diese Rechnungsgrundlagen basieren sowohl auf

den tariflichen Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation als auch auf aktuellen Rechnungsgrundlagen und können sich aus rechtlichen Vorschriften, wie z.B. der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV), oder aus Veröffentlichungen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) ergeben. Änderungen von Rechnungsgrundlagen im Rahmen von Beitragsanpassungen werden erst nach Zustimmung durch den unabhängigen mathematischen Treuhänder berücksichtigt.

Aufgrund der Höhe der Deckungsrückstellung und den Ermessensspielräumen bei Annahmen, insbesondere den rechnungsmäßigen Kopfschäden sowie deren Veränderung mit wachsendem Alter der versicherten Person, haben wir im Rahmen unserer Prüfung diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen:

Die Prüfung der Deckungsrückstellung haben wir im Wesentlichen wie folgt durchgeführt:

- Zunächst haben wir uns mit dem Prozess zur Ermittlung der Deckungsrückstellung befasst und die identifizierten Kontrollen auf ihre operative Wirksamkeit zur Vollständigkeit und Richtigkeit des Bestandes als auch der Bewertung im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorschriften beurteilt.
- In diesem Zusammenhang haben wir durch Abstimmungen zwischen den Bestandsführungssystemen, Statistiksystemen und dem Hauptbuch geprüft, ob die Prozesse die vollständige und richtige Übertragung der Werte sicherstellen.
- Wir haben nachvollzogen, dass die einzelvertraglichen tariflichen Alterungsrückstellungen mit den festgelegten technischen Rechnungsgrundlagen ermittelt wurden. Hierzu haben wir zuerst die zur Berechnung der Alterungsrückstellung verwendeten Parameter (Rechnungszins, rechnungsmäßige Kopfschäden, Sterbe- und Stornotafeln) mit denen der Prämienkalkulation und eventuellen Änderungen aus Beitragsanpassungen verglichen.
- Wir haben uns für durchgeführte Beitragsanpassungen davon überzeugt, dass der unabhängige Treuhänder den vorgenommenen Änderungen zugestimmt hat. Im Falle von Änderungen des Rechnungszinses haben wir verglichen, ob der verwendete Rechnungszins mit der Ermittlungsmethode des Aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) im Einklang steht.

- Ferner haben wir aus der Deckungsrückstellung bekannte Effekte wie Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen, Direktgutschriften und kalkulatorische Zinsen separiert und die bereinigte Alterungsrückstellung sowie deren Veränderung im Zeitablauf analysiert.
- Wir haben hinsichtlich der Entwicklung der Deckungsrückstellung insgesamt sowie für Teilbestände oder Teilkomponenten im Zeitablauf Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt.
- Auf Basis der Nettoverzinsung haben wir die Ermittlung der Direktgutschrift nach § 150 Abs. 1 und 2 VAG nachvollzogen und mit der entsprechenden Zuführung zur Deckungsrückstellung verglichen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Deckungsrückstellung ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben:

Die Angaben zu den Grundsätzen der Bewertung der Deckungsrückstellung sind im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrates verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben, insbesondere

- den Bericht des Aufsichtsrates sowie
- die Darstellungen "Auf einen Blick" und "Die DKV AG im 3-Jahres-Überblick",

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen

unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. März 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 4. Juli 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der DKV Deutsche Krankenversicherung Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Freiwillige Prüfungen von Jahresabschlüssen,
- Prüferische Durchsicht der Reporting Packages zum Halbjahr.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Markus Horstkötter.

Köln, den 26. März 2025

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Horstkötter
Wirtschaftsprüfer

Altegor
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben im Berichtsjahr die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und beratend begleitet. Hierzu haben wir uns durch Berichte des Vorstands über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie über alle weiteren wichtigen Angelegenheiten unterrichten lassen. Darüber hinaus wurden die Lage und Entwicklung der Gesellschaft sowie grundlegende Fragen der Geschäftsführung in zwei Aufsichtsratssitzungen mit dem Vorstand eingehend besprochen.

Prüfungsmaßnahmen gemäß § 111 Abs. 2 S. 1 AktG waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Die EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Jahr 2024 sowie den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach unserer eigenen Überprüfung haben wir den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 und den Lagebericht sowie den Bericht des Abschlussprüfers in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats, an der auch der Abschlussprüfer teilgenommen hat, abschließend erörtert. Wir hatten keine Einwendungen zu erheben. Insbesondere sind uns keine Risiken bekannt geworden, denen im Jahresabschluss nicht ausreichend Rechnung getragen worden ist. Wir billigen den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024, der damit festgestellt ist.

Die Besetzung der Gesellschaftsorgane während des Berichtszeitraums ist im Anhang zum Jahresabschluss dargestellt. Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Herrn Kokkalas und Frau Lautenschläger für ihre Tätigkeit für die DKV Deutsche Krankenversicherung AG.

Zudem danken wir dem Vorstand und allen Mitarbeitern für ihre Leistungen, ihren tatkräftigen Einsatz und die im Berichtsjahr erzielten Erfolge.

Köln, 4. April 2025

Der Aufsichtsrat



Dr. Oliver Willmes
Vorsitzender des Aufsichtsrats



Edward Ler
Stellv. Vorsitzende



Ruth Verstraete

Herausgeber:

DKV Deutsche Krankenversicherung AG
Aachener Straße 300
50933 Köln
Postanschrift: 50594 Köln

Telefon
0800 3746 444 (gebührenfrei)
oder aus dem Ausland
+49 221 578 94018
oder im Notfall im Ausland
+49 221 578 94005

Telefax
+49 221 578 6000

E-Mail service@dkv.com
www.dkv.com